

# Kooperationsprojekt - Digitalisierung Drucksachen der Bremischen Bürgerschaft

## Verhandlungen der Bremischen Bürgerschaft 1921

03.06.1921 - Sitzung Nr. 14

# Verhandlungen der Bremischen Bürgerschaft

Sitzung vom 3. Juni 1921

Es fehlten entschuldigt:

Deichmann, Karl  
Deyfen, Johann  
Gildemeister, Alfred, Dr.

Hedler, Bernhard  
Hente, Alfred  
Lampe, Johann

Madrian, Georg  
Scharke, Hermine  
Schlüter, Ludwig

Waigand, Ludwig  
Wenhold, Hermann

## Gegenstände der Tagesordnung:

	Verhandelt Seite		Verhandelt Seite
I. Kleine Anfrage, betr. Aenderung des Tarifvertrages für die Angestellten . . . . .	385	VIII. Mitteilung des Senats vom 24. Mai 1921:	
II. Interpellation wegen Arbeiterentlassungen in industriellen Betrieben . . . . .	385	2. Instandsetzung der Wallbrücke und der Großen Weserbrücke unter Vorabverwendung der für 1921 zum Budget eingestellten Mittel (N. 3. Verh. gef.)	
III. Interpellation wegen Selbstschutzorganisationen	399	3. Neupflasterung des Weserdammes und Aufbringung einer Kleinpflasterdecke auf die bestehende Schotterbahn des Osterdeichs von Drakenburgerstraße bis zur Fährstraße (N. 3. Verh. gef.)	
IV. Mitteilung des Senats vom 3. Mai 1921:		4. Aenderung des § 93 des Ausführungsgesetzes zu den Deutschen Prozeßgesetzen und der Deutschen Konkursordnung vom 25. Juni 1879 (N. 3. Verh. gef.)	
6. Erhöhung der Verpflegungssätze in der Krankenanstalt, dem St. Jürgenasyl und dem Kinderkrankenhaus (N. 3. Verh. gef.)		IX. Wahl einer Kommission wegen Verordnung über weibliche Bedienung in Wirtschaften (9 Mitglieder) . . . . .	414
V. Mitteilung des Senats vom 17. Mai 1921:		X. Antrag, betreff. Beibehaltung der alten schwarzweiß-roten Handelsflagge (N. 3. Verh. gef.)	
2. Erhöhung des Wasserpreises und Herabsetzung der Vorzugsmengen (N. 3. Verh. gef.)		XI. Antrag, betr. Errichtung einer Eisenbahnhaltestelle in Horn (N. 3. Verh. gef.)	
3. Erhöhung der Gebühren für die Lagerung von Pulver im Pulvermagazin (N. 3. Verh. gef.)		XII. Antrag, betr. Aufhebung der unentgeltlichen Benützung der Woltmerhäuser Fährre (N. 3. Verh. gef.)	
4. Jahresbericht der Deputation zur Verwaltung der öffentlichen Grundstücke (N. 3. Verh. gef.)		XIII. Mitteilung des Senats vom 12. und 26. Februar 1921:	
5. Nachbewilligung auf das Budget des Statistischen Amtes für 1920 (N. 3. Verh. gef.)		3. Verlegung und Erweiterung der Geschäftsräume des Amtes Bremerhaven (N. 3. Verh. gef.)	
VI. Mitteilung des Senats vom 3. Mai 1921:			
1. Vorläufiges Verwaltungsgesetz (N. 3. Verh. gef.)			
VII. Mitteilung des Senats vom 20. Mai 1921:			
1. Abänderung des Gesetzes vom 10. Oktober 1877, betr. die Besteuerung des Gewerbebetriebes im Umherziehen (N. 3. Verh. gef.)			
2. Abgabe von Klügeln oder Klavieren der höheren Schulen an die Volksschulen (N. 3. Verh. gef.)			
3. Steuererhöhungen (N. 3. Verh. gef.)			
4. Erhöhung der Kanalsteuer und der Kanalabgaben (N. 3. Verh. gef.)			
5. Erhöhung des Urkundenstempels (N. 3. Verh. gef.)			

Außerdem wurde über folgenden, nicht auf der Tagesordnung stehenden Gegenstand verhandelt:  
Bericht der Kommission wegen persönlicher Zulage für den Staatsbourat Knop . . . . . 405

Präsident R. Dunkel.

Eröffnung der Sitzung 4 Uhr.

Präsident: Gegen das Protokoll der letzten Sitzung sind Einwendungen nicht erhoben.

Der Präsident des Senats teilt mit, daß für die Verhandlungen der Bürgerschaft über die Interpellation, betr. Arbeiterentlassungen in industriellen Betrieben, Herr Senator Dr. Apelt zum Kommissar bestellt ist, dem Herr Syndikus Dr. Dierkes beigeordnet ist.

Der Präsident des Senats teilt mit, daß für die Verhandlungen der Bürgerschaft über die Interpellation, betr. Selbstschutzorganisationen, Herr Senator v. Sprechelsen zum Kommissar bestellt ist.

Der Präsident des Senats teilt mit, daß für die Verhandlungen der Bürgerschaft über die Nr. 2 der Mitteilung vom 10. Mai, betr. Verordnung über weibliche Bedienung in Gast- und Schankwirtschaften, Herr Senator v. Sprechelsen zum Kommissar bestellt ist.

Eingegangen ist eine Mitteilung des Senats vom 27. Mai 1921:

1. Gesetz, betr. die Uebertragung richterlicher Geschäfte auf die Gerichtsschreiber.
2. Zuschuß an den Verein für entlassene Gefangene.
3. Instandsetzung für die Parkwache Parkallee Nr. 160.
4. Nachbewilligung auf den Fonds „Öffentliche Grundstücke“.
5. Nachbewilligung auf den Fonds Höpfensruh. Nachbewilligung auf das Budget der Standesämter.

Mitteilung des Senats vom 31. Mai 1921:

1. Öffnung der Stadtbibliothek am Sonnabend nachmittag.
2. Nachbewilligung für die Erweiterung der Kühlhausanlage in Bremerhaven.
3. Verbreiterung der Gohrgräbenstraße.

Eingegangen ist ein Schreiben des Schwimmvereins „Weser“, das u. a. lautet: Obgleich die Bürgerschaft bereits mehrfach den Antrag auf Aufhebung der unentgeltlichen Benutzung der Wolmershäuser Fährre abgelehnt hat, liegt derselbe Antrag wiederum der Bürgerschaft zur Beschlußfassung vor. Die Hohe Bürgerschaft bitten wir dringend um Ablehnung dieses erneuten Antrages.

Herr Kunoth stellt folgende kleine Anfrage:

Aus Elternkreisen mehren sich beunruhigende Mitteilungen, wonach die Waisenhäuser nicht mehr in

genügendem Umfange in der Lage sind, ihren Betrieb aufrecht zu erhalten. Ist der Senat in der Lage, der Bürgerschaft über den Stand der Verhandlungen zwischen den Waisenhäusern und der zuständigen Senatskommission, ferner über die zukünftige Gestaltung der Fürsorge für Waisenkinder Auskunft zu geben?

Ich begnüge mich mit einer schriftlichen Antwort.

Folgender Antrag Kunoth ist eingegangen:

Da der Bürgerpark-Verein nicht mehr in der Lage ist, den Bürgerpark aus eigenen Mitteln zu erhalten, ersucht die Bürgerschaft den Senat, in Verbindung mit den zuständigen Stellen zu prüfen, in welcher Form und mit welchen Mitteln dem Bürgerpark in ausreichender Weise geholfen werden kann.

Herr Rhein teilt mit: Aus der Schuldeputation scheiden aus Herr Heinzler und Herr Blanke, es treten ein Herr Donath und Herr Kaiser.

Herr Rhein teilt mit: Aus der Beamtenkommission scheidet aus Herr Schlüter, es tritt ein Herr Hüneke.

Dr. Bujj (D.-R.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Vor Eintritt in die Tagesordnung möchte ich den Dringlichkeitsantrag stellen, die Tagesordnung zu ergänzen durch eine vertrauliche Sitzung, deren Inhalt den Damen und Herren aus den Sitzungen der Fraktionen bekannt geworden ist. Ich bitte den Herrn Präsidenten, zu bestimmen, wann diese vertrauliche Sitzung im Laufe der heutigen Tagesordnung stattfinden kann.

Präsident: Da ist es vorerst wohl notwendig, daß ich mich mit dem Herrn Senatskommissar, der zu Punkt VI sprechen wird, in Verbindung setze, um zu erfahren, auf welche Zeit sich Punkt VI am besten verschieben läßt.

Dr. Kunkler (U. S.): Herr Präsident! Ich bitte jedenfalls vorzusehen, daß diese vertrauliche Sitzung nicht an den Schluß der heutigen Sitzung gelegt wird. Denn wenn wir uns über den bewußten Gegenstand unterhalten, so müssen wir auch den nötigen Raum dafür haben.

Präsident: Zu Ihrer Beruhigung möchte ich Ihnen mitteilen, daß ich die Absicht habe, erst die Interpellationen zu erledigen, die Punkte IV und V vorläufig ausfallen zu lassen und gleich Punkt VI (vorläufiges Verwaltungsgesetz) zu verhandeln, zu dem Herr Bürgermeister Dr. Spitta als Kommissar erscheinen wird. Das wird gegen 6 oder 7 Uhr möglich sein. Darauf könnten wir die vertrauliche Sitzung abhalten.

Rhein (M.-S.): Diese Mitteilung des Herrn Präsidenten veranlaßt mich, mitzuteilen, daß wir beabsichtigen, um Vertagung des Punktes VI zu bitten.

Präsident: Dann würde ich den Herrn Senatskommissar auf 6.10 Uhr laden, vorausgesetzt, daß gegen meinen Vorschlag kein Einspruch erhoben wird.

Dr. Künzler (U. S.): Wäre es nicht zweckmäßig, wenn Herr Rhein den Aussetzungsantrag schon jetzt stellte, damit wir uns gleich darüber schlüssig werden können? (Rhein: Einverstanden!)

Präsident: Ich nehme an, daß kein Einspruch gegen die Aussetzung erhoben wird.

Professor Dr. Diez (D. B.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Bevor wir uns entscheiden, ob wir Einspruch gegen die Aussetzung von Punkt VI erheben werden oder nicht, möchte ich Herrn Rhein doch erlauben, die Gründe anzugeben, die ihn dazu bewogen haben, die Aussetzung zu beantragen. Das vorläufige Verwaltungsgezet ist uns seit Wochen bekannt, wir haben es eingehend beraten und sehen deshalb nicht ein, warum es heute nicht verhandelt werden soll. Aber wenn Herr Rhein gute Gründe hat, mag darüber ja zu reden sein.

Rhein (M.-S.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! In unserer Fraktion sind eine Reihe von Bedenken gegen die heutige Beratung des vorläufigen Verwaltungsgezetes aufgetaucht, und zwar aus dem Grunde, weil wir weitergehende Anträge stellen, die noch einer eingehenden Formulierung bedürfen. Namentlich bezieht sich das auf einen Gesetzentwurf, den wir vorab zu erledigen wünschen, und zwar wegen der Arbeiterkammer.

Professor Dr. Diez (D. B.): Ich stimme unter diesen Umständen dem Aussetzungsantrage zu. Ich möchte aber Herrn Rhein bitten, den Fraktionen Gelegenheit zu geben, die Anträge, die er uns in Aussicht stellt, vorher kennen zu lernen und nicht erst in der Bürgerschaft selbst.

Rhein (M.-S.): Das werde ich veranlassen.

Präsident: Dann werde ich Herrn Bürgermeister Dr. Spitta benachrichtigen, daß Punkt VI heute nicht verhandelt wird. Ich nehme an, daß wir die vertrauliche Sitzung um 6 Uhr ansetzen können.

Wir treten nunmehr in die Tagesordnung ein.

### I. Kleine Anfrage, betr. Aenderung des Tarifvertrages für die Angestellten.

Mit Beschluß vom 15. Oktober 1920 ersuchte die Bürgerschaft den Senat, in neue Verhandlungen wegen Aenderung des Tarifvertrages für die Angestellten bei den bremischen Behörden vom 15. September 1920 einzutreten und die Vertreter aller in Frage kommenden Angestelltenorganisationen hinzuzuziehen.

Wann gedenkt der Senat diesen Beschluß zur Ausführung zu bringen?

Schriftliche Antwort genügt.

Präsident: Darauf ist folgende Antwort des Senats eingegangen:

Auf die kleine Anfrage der Herren Lehne und Bendigen erwidert der Senat, daß er beabsichtigt, in Verhandlungen wegen Aenderung des Tarifvertrages für die Angestellten bei den Bremischen Behörden vom 15. Sept. 1920 einzutreten, sobald die zurzeit in Arbeit befindliche Nachprüfung der Besoldungsordnung vom 10. Juni 1920 — Gesetzblatt S. 243 — die die Grundlage des Tarifvertrages bildet, endgültig zum Abschluß gekommen ist.

### II. Interpellation wegen Arbeiterentlassungen in industriellen Betrieben.

Auf den Hansa-Lloyd-Werken wurden im Verlauf der letzten vier Wochen zirka 300 Arbeiter entlassen. 185 Angestellte sind gekündigt.

Auf der A.-G. „Weser“ sollen in nächster Zeit 3000 Arbeiter entlassen werden.

Auf der Vacuum Oel-Compagnie soll der Betrieb ganz erheblich eingeschränkt werden.

In einer Reihe anderer Bremer Betriebe stehen dieselben Maßnahmen bevor.

Die bereits erfolgten und noch zu erwartenden Entlassungen von Arbeitern und Angestellten haben als Ursache die Einschränkung der Produktion angeblich infolge Auftragsmangel.

Der eigentliche Zweck ist, die Vorbereitungen und die Grundlage zu einer Generaloffensive gegen die Arbeiter zur Herabsetzung der Löhne und Verlängerung der Arbeitszeit zu schaffen, um so alle übernommenen Lasten gegenüber der Entente auf die Schultern der Beschäftigten abzuwälzen. Die Durchführung dieser Maßnahmen bedeutet die völlige Verelendung der betroffenen Arbeiter und Angestellten und ihrer Familien.

Hat der Senat dazu Stellung genommen und was gedenkt er zu tun?

Senatskommissar Senator Dr. Apelt, dem Syndikus Dr. Dierkes beigeordnet ist.

Höcker (R.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Bei der Verlesung unserer Interpellation am vorigen Freitag hat sich auf der rechten Seite des Hauses eine lebhafteste Unruhe gezeigt. Wir können es sehr wohl verstehen, denn die Arbeitslosigkeit in Deutschland ist eine Erscheinung, die trotz aller Versuche nicht aus der Welt geschafft werden konnte. Wir haben heute die Aufgabe, die Ursachen festzustellen, warum Hunderttausende, warum Millionen deutscher Arbeiter aus dem Produktionsprozeß entfernt werden. Um die Arbeitslosigkeit und die drohende Steigerung derselben in Bremen zu ermessen, ist es notwendig, die Verhältnisse im Reiche zu streifen. Nach einer Statistik, die das Reichsarbeitsamt am Ende des Monats Mai aufgestellt hat, hat sich ergeben, daß in Deutschland rund

400 000 Erwerbslose Unterstützung erhalten. Hinzu kommen 400 000 Zuschlagsempfänger, d. h. die Frauen und Kinder dieser Erwerbslosen, also zusammen 800 000, die durch die Statistik der verschiedenen Erwerbslosenfürsorgestellen erfaßt sind. Da nur ein sehr geringer Prozentsatz der Erwerbslosen tatsächlich Unterstützung bekommt, so ergibt sich, daß die tatsächliche Arbeitslosigkeit heute in Deutschland einen Umfang erreicht hat, der unbedingt zu einer Stellungnahme aller maßgebenden Kreise zwingt. Wenn rund 800 000 Erwerbslose von den Behörden erfaßt sind, so ist die Gesamtzahl der Arbeitslosen heute mindestens  $1\frac{1}{2}$  Millionen. Hinzu kommt, daß fast ein Drittel aller beschäftigten Arbeiter in Deutschland heute Kurzarbeiter sind. Diese arbeiten zum Teil nur 24 oder 32 Stunden und haben ein entsprechend geringeres Einkommen, das in keinem Verhältnis zu der jetzigen Teuerung steht. Wir haben in unserer Interpellation auf die bremischen Verhältnisse hingewiesen, u. a. auf die Verhältnisse bei den Hansa-Lloyd-Werken. Die Hansa-Lloyd-Werke haben vor einem Jahre noch 2000 Arbeiter beschäftigt. Die Firma ist dann, angeblich in Folge Auftragsmangel, dazu übergegangen, 200 Arbeiter zu entlassen, und sie hat in den letzten 6 bis 8 Wochen auch eine größere Anzahl — es sind über 200 — entlassen. Nach Mitteilung der Direktion ist die Firma weiter gezwungen, vor Anfang des Monats die Arbeitszeit auf fünf Tage zu beschränken. Das bedeutet eine außerordentliche Verschärfung der wirtschaftlichen Lage derjenigen Arbeiter, die auf den Hansa-Lloyd-Werken beschäftigt sind. Sie wissen, daß angesichts der Teuerung heute schon der Lohn für eine 48stündige Arbeitswoche kaum ausreicht, um die Existenz einer Arbeiterfamilie zu fristen, um so weniger, wenn diese Arbeitszeitbeschränkung eingeführt wird. Bei der Vacuum Oil-Gesellschaft ist es ähnlich. Dort ist vor kurzem die Entlassung einer Anzahl Arbeiter erfolgt. Inzwischen hat auch die Schiffbau-Fabrik Groß-Gerau den größten Teil ihrer Arbeiter entlassen. Die A.-G. „Weser“, ein Betrieb, der fast 10 000 Arbeiter beschäftigt, ist nach Mitteilung der Direktion ebenfalls gezwungen, in den nächsten Monaten 3000 Arbeiter zu entlassen. Und, meine Damen und Herren, sehr interessant ist die Begründung, die der Vorstand für diese Entlassungen gibt. Die A.-G. „Weser“ beschäftigt sich in erster Linie mit dem Bau von Handelsschiffen. Die deutsche Handelsflotte mußte auf Grund der Waffenstillstandsbedingungen und des Versailler Friedens abgeliefert werden, und die Reichsregierung hat dann im Einvernehmen mit den bürgerlichen Parteien im März d. J. den Reedern die Summe von 12 Milliarden bewilligt, welche dazu verwendet werden soll, die Handelsflotte wieder aufzubauen. Ein Teil dieser Summe ist verwandt worden zur freien Verfügung der Reeder, um im Auslande fertige Schiffe anzukaufen. Im Reichstage haben die Vertreter der linken Gruppen, die Unabhängigen und Kommunisten,

die Ueberweisung dieser 12 Milliarden an die Reeder auf das schärfste bekämpft und erklärt, daß die Reeder dieses Geld nicht zur produktiven Erwerbslosenfürsorge verwenden würden, sondern die Milliarden in ihre eigenen Taschen verschwinden lassen würden. Die Vertreter der Regierung und die M.-S. erklärten sich aber mit der Ueberweisung dieser 12 Milliarden einverstanden, mit der Begründung, daß durch den Wiederaufbau der Handelsflotte die annähernd 120 000 Werftarbeiter Deutschlands auf Jahre hinaus voll beschäftigt werden könnten. Heute müssen wir feststellen, daß unsere Bedenken durchaus gerechtfertigt waren. Diese 12 Milliarden sind an die Schiffbau-Treuhandbank überwiesen. Sie soll im Einvernehmen mit den Reedern und den Werftbesitzern den Wiederaufbau der deutschen Handelsflotte in einem bestimmten Zeitraum regeln und sie soll die notwendigen Bausummen an die Reeder und die Werften überweisen. Die Werften haben sich auf Grund dieses Beschlusses im Reichstage eingestellt auf eine erhöhte Schiffsproduktion. Jetzt erhalten dieselben von der Schiffbau-Treuhandbank die Mitteilung, daß diese 12 Milliarden zum größten Teil verbraucht sind und daß die Anforderungen der Werften in bezug auf die Höhe der Raten in keinem Verhältnis stehen zu der Summe, die die Regierung und die Reeder bewilligt haben. Die Folge ist, daß die größeren Reedereien, die Hansa-Linie, die Levantelinie usw. die Dampferaufträge annullieren, weil die notwendigen Bausummen längst verbraucht sind. Die Schiffbau-Treuhandbank hat an die A.-G. „Weser“ die Aufforderung gerichtet, auf Grund dieser Tatsache das Schiffsbauprogramm zu strecken, d. h. ein langsameres Tempo in der Schiffsbautätigkeit festzusetzen. Das hat natürlich zur Folge, daß die Werftbesitzer erklären, sie könnten die jetzige Anzahl von Arbeitern, die auf den Seeschiffswerften beschäftigt sind, nicht mehr halten, und sie begründen damit die Notwendigkeit der Entlassung. In der vorigen Woche ist bereits auf den ehemaligen Torpedowerften in Friedrichsort bei Kiel die Entlassung von 1500 Arbeitern erfolgt. Es ist selbstverständlich, daß die übrigen Seeschiffswerften dieselbe Anweisung von der Schiffbau-Treuhandbank erhalten haben. Die Folge ist, daß in den Werftorten — und für Bremen kommen Bremerhaven, Lehe usw. in Frage — sich die Arbeitslosigkeit in ungeheurem Maße steigern wird. Herr Präsident, ich habe schon erwähnt, daß heute für diejenigen Arbeiter, die in der Produktion stehen, der jetzige Lohn kaum dazu reicht, um eine menschenwürdige Existenz zu ermöglichen, und es ist notwendig, auf die Unterstützungssätze hinzuweisen, welche die Erwerbslosenfürsorge im allgemeinen und die in Bremen insbesondere zahlt. Wenn die Arbeitslosigkeit im Deutschen Reich eine große ist, so steht Bremen im Verhältnis noch ziemlich günstig. Aber trotzdem ist auch in Bremen, wo eine große Industrie außer der Aktiengesellschaft „Weser“ nicht vorhanden

ist, die Lage der Arbeitslosen so, daß sie das öffentliche Interesse in Anspruch nimmt. Wir hatten Ende Mai in Bremen an Arbeitslosen 2668. Von diesen Arbeitslosen haben Unterstützung erhalten nur 535. (Hört, hört!) Noch in Stellung befindliche Arbeitslose gab es 505, das heißt, daß sich bereits 505 Arbeiter und Angestellte auf dem Arbeitsnachweis gemeldet haben, denen von den Firmen mitgeteilt worden, daß sie in der nächsten Zeit mit Entlassung zu rechnen haben. An offenen Stellen sind gemeldet 1600. Das sind Arbeitsgelegenheiten, die von den Arbeitslosen nicht angenommen werden können, da sie einen solchen geringen Lohn erhalten und die Arbeitsverhältnisse so schlecht sind, daß es einfach keinem Arbeiter zugemutet werden kann, dort in Arbeit zu treten. Die Unterstützungssätze sind folgende: Für einen Verheirateten 10 Mark, für die Frau 4 Mark und für ein Kind ebenfalls 4 Mark. Für eine vierköpfige Familie macht das pro Tag 22 Mark, für die Woche 132 Mark. Bei Vergleichung der Erwerbslosen, die tatsächlich vorhanden sind, und der Anzahl, die Erwerbslosenunterstützung beziehen, erfährt man, daß die Verhältnisse in Bremen besonders ungünstig sind. Nur ein Fünftel der Erwerbslosen erhält Unterstützung. Die Erwerbslosenfürsorge erklärt diesen Zustand damit, daß sie außerordentlich scharf die Verhältnisse der Arbeitslosen prüft, d. h. den Arbeitslosen, die um Unterstützung nachsuchen, große Schwierigkeiten macht. Es ist interessant, demgegenüber festzustellen, wie hoch heute das Existenzminimum ist, das eine Familie bedarf, um sich die allernotwendigsten Lebensbedürfnisse zu sichern. Hier liegen Zahlen vor von Dr. Kuczynsky, der das statistische Material für Berlin und Charlottenburg bearbeitet. Er hat festgestellt, daß in Berlin im Monat März ein alleinstehender Mann 25 Mark, ein kinderloses Ehepaar 35 Mark, ein Ehepaar mit zwei Kindern 50 Mark, also pro Woche 300 Mark, notwendig hat, um überhaupt das Leben fristen zu können. Ein arbeitsloser Familienvater mit zwei Kindern erhält pro Woche 132 Mark. Nach Dr. Kuczynsky müssen 300 Mark pro Woche unbedingt notwendig sein, um das Leben überhaupt zu ermöglichen. Es ist hier ein Minus von 168 Mark pro Woche vorhanden, worin das ganze Elend der Arbeitslosen seinen Ausdruck findet. In erster Linie in Deutschland, aber auch in allen Ländern mit kapitalistischer Produktion, in Frankreich und England, herrschen diese entsetzlichen Zustände. Meine Damen und Herren! Die Arbeitslosigkeit ist besonders stark nach dem Kriege hervorgetreten. Gewiß waren auch vor dem Kriege Arbeitslose zu verzeichnen: die industrielle Reservearmee, die mit der kapitalistischen Produktion aufs engste verbunden ist. Aber die Arbeitslosigkeit nach dem Kriege beruht auf ganz anderen Ursachen. Sie beruht darauf, daß die Verstärkung der Produktion durch den Weltkrieg einen solchen Umfang angenommen hat, daß die Unternehmer heute ohne Gefährdung des

Profits nicht mehr imstande sind, der deutschen Arbeiterschaft Beschäftigung zu geben. Die Folge der Arbeitslosigkeit macht sich in erster Linie bemerkbar durch ein ungeheures Anschwellen der Krankheitsziffern. Besonders gefährdet ist der Nachwuchs der deutschen Bevölkerung. Wir haben in der letzten Bürgerschaftssitzung anlässlich der Erhöhung der Desinfektionsgebühren auf die Tuberkulose hingewiesen und erklärt, daß sich die Tuberkulose in steigendem Maße ausgebreitet hat und daß die Erhöhung der Desinfektionsgebühren weiter dazu beitragen wird, diese Krankheit auszubreiten. Große Kreise der deutschen Bevölkerung haben nicht mehr die Möglichkeit, sich einigermaßen zu ernähren und vor allen Dingen in anständigen Wohnungen zu wohnen. Heute müssen 2 Millionen deutscher Arbeiter mit einem Einkommen, welches im Verhältnis zum Existenzminimum als lächerlich gering zu bezeichnen ist, ihr Leben fristen. Daher ist es klar, daß in diesen Kreisen die Tuberkulose sich besonders verbreitet. In Oberhausen haben die Schulärzte festgestellt, daß 50 Prozent aller Schulkinder tuberkulös sind. In Berlin wurde bei einer Untersuchung in verschiedenen Gemeindeschulen festgestellt, daß die Hälfte der Kinder kein Bismut auf dem Leibe hat und dem Unterricht der Lehrer nicht folgen können, weil sie an chronischer Unterernährung, weil sie an Hunger leiden. Diese Zustände lösten bei der Arbeiterschaft eine große Empörung aus. Es ist notwendig, auch in Bremen, wo die Arbeitslosigkeit in den nächsten Monaten noch eine große Verschärfung erfahren wird, daß die bremische Bürgerschaft und der Senat hierzu Stellung nimmt, daß er uns Auskunft gibt, ob er gewillt und imstande ist, Mittel und Wege zu finden, um die Verelendung weiter bremischer Arbeiterkreise zu verhindern. Darauf kommt es an. Wir können uns nicht damit zufrieden geben, daß die Arbeitslosen eine kleine Unterstützung erhalten, sondern wir müssen darauf dringen, daß die Arbeiter Beschäftigung und soviel Lohn bekommen, daß sie imstande sind, sich und ihre Familie menschenwürdig durchzuschlagen. Unsere Forderung ist, daß keine Produktions Einschränkung stattfindet, sondern die Zahl der Arbeitslosen muß vermindert werden dadurch, daß sie in den Produktionsprozeß eingestellt werden. Der Krieg hat eine so ungeheure Summe von Werten zerstört, daß in allen Kreisen der deutschen Bevölkerung ein Mangel vorhanden ist. Wir sehen aber, daß trotz dieses Mangels an Einrichtungsgegenständen auf jedem Gebiet Hunderttausende von deutschen Arbeitern gezwungen werden, die Hände in den Schoß zu legen. Sie werden gezwungen, nicht zu arbeiten. Und dieselben Unternehmer, die die Arbeiter zur Arbeitslosigkeit zwingen, verlangen heute, daß die Arbeitslosenunterstützung abgebaut wird, um dadurch die Arbeitslosen müde zu machen und zu herabgesetzten Löhnen zu arbeiten. Die Arbeitslosigkeit ist in den letzten Monaten gestiegen und steigt dauernd. Das Reichsarbeitsministerium er-

klärt, daß die Verhältnisse noch nie so ungünstig gewesen sind, wie heute. Wir haben uns vor allen Dingen darüber klar zu werden, daß ein jeder Mensch ein Recht auf Arbeit und Leben hat. Sie von der Rechten verweigern ihm das. Ihre maßgebenden Organisationen haben durch ihre Mitteilungen in den letzten Monaten bewiesen, daß sie nicht gewillt sind, die Lebensfähigkeit des deutschen Arbeiters sicherzustellen. Es ist notwendig, auf ein Rundschreiben hinzuweisen, daß die Arbeitgeberverbände an ihre organisierten Firmen usw. versandt haben. In diesem Rundschreiben heißt es:

„Die Lohnpolitik der nächsten Zeit muß in erster Linie ein weiteres Steigen der Arbeiterlöhne verhüten. Die von der Vereinigung ausgegebene Parole, keine Lohnerhöhung zu bewilligen, ist im allgemeinen befolgt worden. Auch Behörden und Schlichtungsausschüsse haben sie sich zu eigen gemacht. Seitens der Arbeitnehmerschaft ist die Resolution natürlich heftig bekämpft worden, jedoch waren größere Streiks als Folge abgelehnter Forderungen selten. Gegen Teilstreiks wird die Aussperrung der Arbeiterschaft eines Bezirkes angeraten. Sollten auch jetzt noch Schlichtungsausschüsse Lohnerhöhungen bewilligen, so wird dringend empfohlen, den Schiedsspruch mit eingehender Begründung unter Hinweis auf die derzeitige wirtschaftliche Lage abzulehnen und gleichzeitig dem Demobilisierungskommissar Kenntnis von der Ablehnung und ihren Gründen zu geben. Ein materieller Grund für weitere Lohnerhöhungen besteht nicht, da nach statistischen Erhebungen die Ernährungs- und gesamten Lebensunterhaltungskosten in den zwei letzten Monaten erheblich gefallen sind.“

Aber nicht allein das, sondern die Unternehmer gehen auch systematisch dazu über, die Löhne abzubauen. In demselben Schreiben heißt es:

„Zur Vorbereitung des Lohnabbaues, mit dem am besten der Bergbau und die chemische Industrie beginnen würden, sind Propaganda in der Presse, Einwirkung auf die Gewerkschaftsführer und auf die Betriebsräte, sowie Ueberweisung einschlägigen Materials an die Vorsitzenden der Schlichtungsausschüsse empfohlen.“

(Miller: Das ist der Wiederaufbau!) Sie sehen also, daß die Unternehmer die Schlichtungsausschüsse, die den Arbeitern als neutral empfohlen werden, rücksichtslos und brutal bearbeiten, damit sie im Auftrage der Unternehmer die Löhne abbauen helfen. Der Abbau hat zunächst bei den Jüngsten und Unverheirateten zu beginnen. Es heißt:

„Der Abbau hat zunächst bei den Löhnen der Jugendlichen und Unverheirateten zu beginnen, deren Löhne relativ zu hoch sind. Die Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände wird voraussichtlich den Verbänden noch eine genauere Darstellung dieser Frage zugehen lassen.“

Die Arbeitslosigkeit hat gerade in den letzten Monaten und Wochen eine außerordentliche Steigerung erfahren, und diese Einschränkung der Produktion steht im engsten Zusammenhang zu den Verpflichtungen, die die Reichsregierung gegenüber der Entente eingegangen ist. Es werden die verschiedensten Gründe vorgebracht von den Unternehmern, um die Einschränkung der Produktion zu rechtfertigen. Auf der A.-G. „Weser“ wird die notwendige Einschränkung im Schiffbau damit begründet, daß die Schiffstreuhandbank nicht genügend Mittel zur Verfügung stellt. Zu gleicher Zeit hören wir aber, daß auch die Eisenbahn sich weigert, die bisherigen Preise zu zahlen. Weiter wurde den Arbeitern der A.-G. „Weser“ mitgeteilt, daß die Polizeidirektion Bremen darauf drängt, daß alsbald eine Arbeitsordnung eingeführt werde, die auf einer sogenannten Musterarbeitsordnung aufgebaut werden soll. Die Schiffstreuhandbank, die Eisenbahnverwaltung und die Polizeidirektion müssen den Arbeitern klar machen, daß die Herabsetzung der Löhne und Entlassungen notwendig sind. Da es sich um das Leben der Arbeiter handelt, werden wir den Maßnahmen der Unternehmer den schärfsten Widerstand entgegenzusetzen. Die jetzige Arbeitslosigkeit beruht auf der Zerstörung der Produktion durch die Kapitalisten, und sie wird dauernd weiter steigen. Meine Damen und Herren! Wenn vorübergehend im Jahre 1919 die Arbeitslosigkeit verringert worden ist, so hatte das seine bestimmten Ursachen. Der Unternehmer war auf Grund der niedrigen Valuta imstande, Exportgeschäfte zu machen. Die schweizerischen, belgischen und französischen Händler kauften deutsche Produkte, weil der Arbeitslohn des deutschen Arbeiters der niedrigste der ganzen Welt war und noch ist. Aber sobald die Valuta eine geringe Steigerung nachwies, hörte das Exportgeschäft auf und die Folge war eine weitere Einschränkung der Produktion. Als die Unternehmer den Ausverkauf der deutschen Wirtschaft vornahmen, war der deutsche Arbeiter nicht imstande, die Preise für die Gegenstände zu zahlen, die er selbst fabriziert hatte. Heute, wo die deutsche Regierung ihre Verpflichtungen gegenüber der Entente eingegangen ist, erklären die Mehrheitssozialisten, daß diese Verpflichtungen nicht erfüllt werden können aus den vorhandenen Kapitalien, sondern aus den Muskeln des deutschen Arbeiters und den Hirnen der Angestellten. Die deutsche Arbeiterschaft soll noch stärker als bisher ausgebeutet werden, damit die Forderungen der englischen und französischen Kapitalisten erfüllt werden können. Es kommt hier darauf an, mit eindeutiger Schärfe festzustellen, daß die deutsche Arbeiterschaft sich dies nicht bieten lassen wird. Wir fordern, daß die Arbeitslosen auf Kosten der Unternehmer eine solche Unterstützung erhalten wie die Arbeiter entlohnt werden, welche noch Arbeit haben. Das ist keine Forderung, die als unannehmbar bezeichnet werden kann, sondern entspricht dem Recht auf Leben. Der

bremische Senat muß eine klare Antwort geben, wie er sich zu der Entwicklung der Verhältnisse stellt und ob er in der Lage ist, die drohende Arbeitslosigkeit zu verhindern und die Arbeitslosen so zu stellen, daß sie ein menschenwürdiges Dasein haben. Wir wissen, daß es nicht möglich sein wird, solange die kapitalistische Produktion vorhanden ist, denn die Unternehmer können nur leben, wenn die Arbeiter weiter verelenden. Hieraus wächst für die Arbeiterschaft die Folgerung, mit allen Mitteln zu kämpfen. Und sie wird — das beweisen die Kämpfe in Mitteldeutschland, Oberschlesien und Danzig — immer mehr zu der Erkenntnis kommen, daß die Arbeitslosigkeit nur behoben werden kann durch die Einführung der planmäßigen Wirtschaft, d. h. durch die Niederkämpfung des Unternehmertums. Heute ist eine planlose Wirtschaft. Die Schiffswerften bauen Schiffe, während auf der anderen Seite die Hälfte der West-Handelsflotte brach liegt, weil keine Beschäftigung vorhanden ist. Die Arbeitslosenfrage kann nicht im Rahmen der heutigen Gesellschaftsordnung gelöst werden, sondern nur im Kampf gegen das Unternehmertum durch eigene Tat. Aber solange die Arbeiterschaft nicht imstande ist, sich selbst zu helfen, ist der Senat verpflichtet, den Bremer Arbeitern die Lebensmöglichkeit zu gewähren. Jetzt haben sie sie nicht, sondern nur Krankheit und Elend, die für die Produktion die schwersten Folgen haben. Hier kann der Senat nicht teilnahmslos an den Zuständen vorbeigehen, er muß gezwungen werden, sich zu äußern.

Senator Dr. Apelt: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ueber die in der Interpellation genannten Fälle ist dem Senat das folgende bekannt geworden:

1. Bei den Hanja-Lloyd-Werken hat sich, nachdem infolge der Valutaverhältnisse eine Absatzstörung eingetreten war, eine Verminderung der Arbeiterschaft durch Abwanderung in andere Industrien zunächst von selbst ergeben. Vor etwa 6 Wochen sind dann 300 Arbeiter entlassen. Ferner ist 178 Angestellten gekündigt worden. Wegen dieser Entlassungen und Kündigungen haben Verhandlungen mit Arbeiter- und Betriebsrat stattgefunden. Die Abwicklung geschah reibungslos. Von keiner Seite ist der Schlichtungsausschuß angerufen worden.

2. Bei der Aktien-Gesellschaft „Weser“ scheinen die Verhältnisse so zu liegen, daß Betriebseinschränkungen in gewissem Umfang erforderlich werden können. Bisher haben Entlassungen nicht stattgefunden. Ob und in welchem Umfang es zu Entlassungen kommen wird, hängt im wesentlichen ab von den Entscheidungen des Bauausschusses der Schiffbau-Treuhand-Bank, welche über die Verwendungen der Gelder für die Wiederherstellung der Handelsflotte bestimmt, und welche dafür zu sorgen hat, daß diese Gelder in dem Zeitraum verbaut werden, für den sie das Reich zur Verfügung stellt.

Der Bauausschuß besteht aus Vertretern der Reichsregierung, einer Reichstagskommission, Reedereivertretern, Vertretern der Wertindustrie und Vertreter der Arbeitnehmerorganisationen. Eine Sitzung des Bauausschusses, die am 27. Mai stattfand, hat leider ergeben, daß die für 1921 zur Verfügung stehenden Gelder es nicht ermöglichen werden, die volle Belegschaft der Werften zu beschäftigen, und daß trotz möglicher Berücksichtigung auch anderer industrieller Arbeiten eine Streckung der Arbeit auf den Werften nicht vermeidbar sein wird.

3. Die deutsche Vacuum Oel-Aktien-Gesellschaft hat sich genötigt gesehen, infolge der überaus schlechten Verhältnisse auf dem Oelmarkt ihren Betrieb vor einigen Wochen wesentlich einzuschränken und zeitweise zu Streckungen der Arbeitszeit, alsdann zu Entlassungen zu schreiten. Ueber die Frage, ob eine Arbeitsstreckung zu erfolgen habe, hat der Arbeiterrat den Schlichtungsausschuß angerufen. Der Schlichtungsausschuß hat die Arbeitsstreckung durch Schiedspruch vom 19. April für notwendig erklärt. Nach Verständigung mit der Arbeiterschaft ist es zu Entlassungen gekommen, die zur Anrufung des Schlichtungsausschusses nicht geführt haben. Nach Mitteilung des Werks sind die entlassenen Arbeiter anderweitig wieder in Beschäftigung.

Die bremische Industrie hat bisher hinsichtlich des Beschäftigungsgrades verhältnismäßig günstig abgeschnitten. Wenn jetzt in den genannten drei Fällen Betriebseinschränkungen erforderlich geworden sind oder sich als erforderlich herausstellen sollten, und auch wenn weitere ähnliche Fälle eintreten sollten, so ist dies angesichts der schweren Wirtschaftskrise, welche die ganze Welt erschüttert, nicht zu verwundern. Zu Schlußfolgerungen, wie die Interpellation sie ziehen will, liegt nicht der geringste Anlaß vor. Was ein Eingreifen der Landesregierung anlangt, so wird hierzu in den genannten Fällen selbst dann eine Veranlassung nicht vorliegen, wenn die Befugnis zu einem solchen Eingreifen bestünde. Die Fälle der Hanja-Lloyd-Werke und der Vacuum Oel-Aktien-Gesellschaft dürfen als erledigt angesehen werden. Der Fall Aktien-Gesellschaft „Weser“ läßt für eine Einmischung der Landesregierung schon darum keinen Raum, weil es sich bei der Verteilung der Werftaufträge um eine Angelegenheit handelt, die zentral für das ganze Reich, und zwar unter Mitwirkung der Vertreter der Arbeitnehmer, geregelt wird. Im übrigen muß festgestellt werden, daß den Landesregierungen auch die rechtliche Befugnis zu derartigen Eingriffen fehlt. Sind die Arbeitnehmer der Ansicht, daß bei der Vornahme von Streckungen oder Entlassungen den bestehenden Vorschriften nicht genügt sei, so ist nach § 22 der Reichsverordnung über die Einstellung und Entlassung von Arbeitern und Angestellten vom 12. Februar 1920 der Schlichtungsausschuß, also eine richterliche Instanz ausschließlich zuständig. Befugnisse der Verwaltungsorgane bestehen

nur im Rahmen einerseits der genannten Verordnung vom 12. Februar 1920, andererseits der Reichsverordnung, betreffend Maßnahmen gegenüber Betriebsabbrüchen und Stilllegungen vom 8. November 1920. Die letztere Verordnung ist bei bloßen Betriebseinschränkungen überhaupt nicht anwendbar. Soweit es sich aber bei der Vacuum-Dil-Aktien-Gesellschaft um eine teilweise Stilllegung gehandelt hat, würden die in der Verordnung der Demobilmachungs-Behörde erteilten Ermächtigungen völlig ungeeignet gewesen sein, eine Abhilfe zu schaffen, ganz abgesehen davon, daß es sich hier um wirtschaftliche Verhältnisse handelt, denen gegenüber eine deutsche Landesregierung völlig machtlos ist. Die Verordnung vom 12. Februar 1920 kommt hier insoweit in Betracht, als sie die Mitwirkung des Demobilmachungskommissars im Schlichtungsverfahren regelt. Ueber diese Mitwirkung hinaus sind staatliche Eingriffe in das Schlichtungsverfahren schlechthin unzulässig. Daß unabhängig von dem Schlichtungsverfahren der Demobilmachungskommissar das Recht und unter Umständen die Pflicht zu persönlichen Vermittlungsversuchen hat, versteht sich von selbst. Irgendwelche behördliche Macht- oder Zwangsmittel stehen ihm jedoch hierbei nicht zu Gebote und auch bei dieser vermittelnden Tätigkeit muß er darauf Rücksicht nehmen, daß er im eigentlichen Schlichtungsverfahren als die über die Verbindlichkeit der Schiedsprüche des Schlichtungs-Ausschusses entscheidende Instanz zugleich richterliche Befugnisse auszuüben hat.

Die Besprechung der Interpellation wird geschlossen.

Friede (M.-S.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Interpellation, welche von Herrn Höder eingebracht worden ist, besagt, daß Arbeiterentlassungen auf den Hansa-Lloyd-Werken und auf der Vacuum-Dil-Gesellschaft vorgekommen sind, außerdem sollen auf der A.-G. „Wefer“ Entlassungen vorgenommen werden. Ich möchte darauf hinweisen, daß die A.-G. „Wefer“ im vorigen Jahre tagtäglich mindestens 30—40 Arbeitereinstellungen hat vornehmen lassen, daß in diesem Jahre tagtäglich 10 bis 12 Einstellungen erfolgt sind. Aber seit einigen Monaten ist die Einstellung von Arbeitern auf der A.-G. „Wefer“ gesperrt. Dies würde schon für den bremischen Staat an sich eine schwere Belastung bedeuten, wenn die A.-G. „Wefer“ als bester Abnehmer des Arbeitsnachweises zu solchen Maßnahmen greifen muß. Und eine noch schwerere Wirkung übt es auf uns aus, wenn sogar Entlassungen vorgenommen werden müssen. Meine Damen und Herren! Arbeitslosigkeit bedeutet für den Arbeiter Elend und Not, Arbeitslosigkeit bedeutet aber auch für den Staat eine schwere Belastung. Und schon aus diesem Grunde heraus möchte ich, daß der Senat alles daran setzt, was in seiner Macht liegt, diese Ar-

beiterentlassungen zu verhindern. Ob der Senat nach der Erklärung, die er hier eben abgegeben hat, das tun wird, ist nicht anzunehmen, und ich war mir ja auch von vornherein nicht im Zweifel, daß er auf keinen Fall irgendwie ein Entgegenkommen zeigen würde. Ob es in seiner Macht steht, darüber bin ich mir im Augenblick nicht klar. Wie sieht nun die Arbeitslosigkeit hier in Bremen aus? Die Arbeitslosigkeit in Bremen hat seit Anfang Mai mindestens eine Zunahme von über 300 Mann erfahren. Man sollte annehmen, daß im Frühling und Sommer, wo allgemein die Arbeitstätigkeit eine bedeutend größere ist als im Winter, die Arbeitslosigkeit abnehmen würde. Aber das Gegenteil hat sich herausgestellt. Und so steht die Arbeiterschaft heute vor einer sehr schweren Krise. Nun führt der Interpellant aus, daß die M.-S. im Reichstage dem Reedereiabfindungsverträge zugestimmt hätten. Da muß ich dem Interpellanten erklären, daß er von ganz falschen Voraussetzungen ausgeht. Als dieser Antrag im Reichstage Anfang dieses Jahres zur Debatte stand, da handelte es sich nicht um 18, sondern 4,7 Milliarden. (Zuruf: Das andere hatten sie schon!) Die restlichen 7 Milliarden sind schon auf Grund des Beihilfengesetzes vom 7. November 1917 teilweise ausgeschüttet worden, sowie wegen des Uebertenerungs-gesetzes vom 27. Februar 1919 des Ergänzungsabkommens vom 15. März 1919 und des Enteignungsgesetzes vom 31. August 1919 sind ein großer Teil dieser zwölf Milliarden den Reedern zur Verfügung gestellt worden. Nach den Ausführungen des Interpellanten mußte man annehmen, daß die jetzige Belegschaftsziffer bei den Werften nicht auf Grund dieser 12 Milliarden eingestellt worden wäre; das würde zutreffen, wenn im März dieses Jahres wirklich 12 Milliarden bewilligt worden wären. Aber auf Grund der 7 Milliarden, die schon vorher ausgezahlt worden waren, war es den Werften möglich, auf diese Arbeiterzahl zu kommen. Nun macht der Interpellant uns auch Vorwürfe darüber, daß unsere Reichstagsfraktion diesem Verträge zugestimmt hat. Ich erkläre als Werftarbeiter, daß ich es nur begrüßen kann, daß unsere Reichstagsfraktion diese Summe bewilligt hat. (Sehr richtig!) Wäre dieser Vertrag abgelehnt, so hätten wir heute auf den Werften vor einer Katastrophe gestanden, die wir noch gar nicht hätten übersehen können. (Dann at: Die ist dadurch nur hinausgeschoben worden!) Es gibt ein Sprichwort: Das eine will man, das andere muß man! Und auf Grund dieses Sprichwortes stehen wir auf dem Standpunkt: wenn wir zwischen zwei Uebeln zu wählen haben, so wählen wir das kleinere, und es ist das kleinere Uebel, wenn wir den Werftarbeitern helfen, selbst auf die Gefahr hin, daß die Reeder davon Vorteil haben. (Unruhe links.) Gerade im Hauptauschuß des Reichstages hat unsere Partei an die Parteien der Linken die Anfrage gestellt: Ist es Ihnen möglich, den Werftarbeitern zu helfen, ohne daß das Reederei-

Kapital irgend welchen Vorteil daraus zieht? Und da haben die Parteien der Linken versagt. (Unruhe links.) Wenn Sie in diesem Sinne Vorschläge gemacht hätten, dann würden wir ihnen zweifellos zugestimmt haben. Aber weil Sie dazu nicht in der Lage waren, hat meine Fraktion trotz schwerer Bedenken zugestimmt. Dazu kommt — und das ist auch dem Interpellanten bekannt —, daß Ihnen auf Grund eines Antrages unserer Fraktion im Reichstage die Möglichkeit gegeben war, bei der Verteilung dieser Gelder die Arbeitervertreter und Arbeiterorganisationen heranzuziehen. Das ist auf Grund unseres Antrages geschehen. Und als dieser Antrag im Reichstage angenommen wurde, hielt sich unsere Fraktion für verpflichtet, der Vorlage zuzustimmen. Und ich als Werftarbeiter begrüße es, daß meine Fraktion dies getan hat. (Beifall b. d. M.-S.) In der Interpellation wird an den Senat nun keine direkte Forderung gestellt. Wir müssen hingegen von unserer Seite fordern, daß der Senat so schnell wie eben möglich das Gesetz über die Arbeitskammern in Arbeit nimmt. Wir als Arbeiter haben das Recht, zu verlangen auf Grund der bremischen Verfassung, daß diese Sache so schnell wie möglich der Bürgererschaft vorgelegt wird, wir werden bei einem anderen Punkte der Tagesordnung auf diese Frage weiter eingehen. Dann möchte ich noch auf eins hinweisen: der Herr Interpellant führte aus, die mehrheitssozialistische Partei hätte zugegeben, daß wir als Arbeiterpartei die Forderung an die Arbeiterschaft stellten, daß sie mit dazu beitragen sollte, den Friedensvertrag zu erfüllen. Meine Damen und Herren! Selbstverständlich stehen auch wir als Arbeiter auf dem Standpunkt, daß der Friedensvertrag, wie er unterschrieben worden ist, nach Möglichkeit erfüllt werden muß. Wenn wir nun auf dem Standpunkt stehen, daß durch Hebung der Produktion diese Vorbedingung unbedingt geschaffen werden muß, so heißt dies nichts anderes — und das weiß der Herr Interpellant ganz genau — daß bei der heutigen kapitalistischen Produktionsweise es durch vorteilhaftere Arbeitseinteilung, durch technische Vervollkommnungen es leicht möglich ist, die Produktion bedeutend zu erhöhen, aber es darf nicht auf die Knochen der Arbeiterschaft abgewälzt werden. Und wenn sich meine Partei auf diesen Standpunkt stellt, so ist das ihr gutes Recht und auch ihre Pflicht. Nur auf dieser Grundlage wird es möglich sein, aus diesem Chaos, das im Gefolge des Krieges über uns herein gebrochen ist, wieder herauszukommen.

Kühli (M. S.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Als der erste Staub der Revolution von 1918 auf dem wirtschaftlichen Gebiet etwas versflogen war, traten sämtliche Parteien mit Einschluß der Demokraten auf den Plan und riefen: Arbeit, Arbeit und wieder Arbeit kann uns nur helfen. Wir müssen das Deutsche Reich wieder aufbauen. Leider mußten

wir feststellen, daß dieser Ruf ein erheuchelter war, denn das Unternehmertum, die Besitzenden und herrschenden Klassen dachten gar nicht daran, einheitlich mit der deutschen Arbeiterschaft den Wiederaufbau durchzuführen, sondern ihre erste Frage war bei diesem Wiederaufbauprogramm, was können wir auf Kosten des deutschen Arbeiters dabei profitieren? Und wir sehen, daß diese Kreise die vollständige Unterstützung der jeweiligen Regierungen gefunden haben. Schon in der ersten Zeit haben wir erfahren müssen, daß einer großen Firma, den Mannesmann-Werken, eine Entschädigung von 60 Millionen Mark zugewilligt worden ist wegen entgangener Kriegsaufträge. Wir haben in der letzten Zeit wahrnehmen müssen, daß den Bergherren eine Milliarde gezahlt worden ist für den Verlust der Lothringer Bergwerke, trotzdem wohl anzunehmen ist, daß diese Bergherren in vertrauter kapitalistischer Seelenverwandtschaft mit den Franzosen jetzt noch Inhaber dieser Lothringer Bergwerke sind. In derselben Weise hat man noch andere Kapitalisten aus dem Reichssäckel unterstützt. Ich will nur daran erinnern, wie man die Lebensmittelpreise hochgeschraubt hat zum Schaden der minderbemittelten Klassen und zum Schutze des Landwirts. In der letzten Zeit ist auch das Kreedekapital nicht unberücksichtigt geblieben, denn auf längeres Drängen hin hat sich das Reich entschlossen, auch dieser Körperschaft eine Liebesgabe in der Höhe von 12 Milliarden Mark zu bewilligen mit der Begründung, daß diese Zuwendung gewissermaßen eine produktive Erwerbslosenunterstützung sei, um den Werftarbeitern auf Jahre hinaus dauernde und lohnende Beschäftigung zu geben. Schon im vorigen Jahre ist uns in unserer Eigenschaft als Mitglieder des Arbeiterbetriebsrates von der Direktion der Aktiengesellschaft Weser mitgeteilt worden, daß die Aktiengesellschaft Weser so mit Aufträgen verladen sei, daß sie im Laufe des nächsten Jahres ihre Arbeiterzahl verdoppeln und auf 12 000 bis 15 000 Personen bringen könne und daß sie ihre Anlagen erweitern wolle, um den Ansprüchen auf dem Weltmarkt genügen zu können. Sie habe ihren Betrieb umgestellt, sie wolle auch Lokomotiven- und Wagenbau usw., sie wolle Industrieprodukte herstellen, die bisher von anderen Firmen hergestellt würden, sie wolle also den ganzen Betrieb umstellen, so daß eine erhöhte Arbeiterzahl für die Dauer beschäftigt werden könnte. Bei der Bewilligung der 12 Milliarden haben allerdings meine Partei und die Kommunisten Bedenken erhoben gegen den Zweck und die Verteilung. Angesichts der Erklärung der Direktion der Aktiengesellschaft Weser im vorigen Jahre mußte es wie ein Blitz aus heiterem Himmel wirken auf diejenigen, die in gutem Glauben waren, daß die Angaben des Vorstandes der A.-G. Weser auf Wahrheit beruhten. Auffallend ist, daß gerade am Tage vor Pfingsten dem Betriebsrat durch den neugewählten Vorstand der Aktiengesellschaft Weser die wenig erfreuliche Mitteilung wurde, die Schiffsbau-

Treuhandgesellschaft in Hamburg habe verlangt, daß Schiffsbauprogramm zu strecken. Und wenn diese Streckung in Bremen durchgesetzt würde, so würde das im Gefolge haben, daß vier- bis fünftausend Arbeiter in den nächsten Wochen und Monaten auf der Aktiengesellschaft Weser entlassen werden müßten. Die darauf angeknüpften Verhandlungen ergaben allerdings eine Abschwächung. Man wollte vielleicht damit sagen, jede Suppe würde nicht so heiß gegessen, wie sie gekocht ist. Es könnte sein, daß sich die Zahl der Entlassungen verringern würde. Aber bezeichnend war bei den Verhandlungen, daß einer der Herren meinte, die Arbeiterschaft besonders in der großen Industrie und speziell in dem Betriebe der Aktiengesellschaft Weser arbeite nicht genügend und dagegen müsse eingeschritten werden. Auch der frühere Generaldirektor Behmann machte während einer Verhandlung darauf aufmerksam und meinte, durch geeignete Maßregeln es dahin bringen zu können, daß die Arbeiter jede Arbeitszeit anerkennen und für jeden Lohn arbeiten würden. Also für die Direktion war schon der Weg vorgeschrieben, welchen das Werkunternehmertum im allgemeinen und besonders in Bremen verfolgt, um die Arbeiterschaft noch stärker in den Produktionsprozeß einzuspannen. Während der Verhandlungen über diese Arbeiterentlassungen war einer der Herren so freundlich, darauf hinzuweisen, daß dies auch beabsichtigt sei. Demnach scheine es, als wolle man die Entlassungsdrohung als Mittel zum Zweck benutzen, um die Arbeiter in den Betrieben gefügiger zu machen. Er verwies auf die Maßregeln, die von der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft getroffen seien. Dort hätte man mit den Arbeitern auch nicht auskommen können, wie man wollte, und die Firma hatte daraufhin 7 Wochen den Betrieb geschlossen, und als der Betrieb wieder geöffnet wurde, hätten die Arbeiter sich zu den Bedingungen in den Produktionsprozeß hineinzwingen lassen müssen, die ihnen von den Arbeitgebern gestellt worden seien. Damit war gewissermaßen der Fingerzeig gegeben, daß man mit diesen Entlassungen denselben Zweck verfolge. Man will die Arbeiter unterdrücken, die Arbeitszeit verlängern, die Löhne herabsetzen, also die Lebenshaltung der Arbeiter herunterdrücken zum Vorteil der Großindustrie und der großkapitalistischen Unternehmer, trotzdem feststeht, daß die deutsche Großindustrie, nach den Börsenberichten und den Berichten der Aktiengesellschaften, großartige Gewinne und Profite gemacht hat. Wir sehen Dividenden von 30 bis 150 Prozent. Wenn die Aktiengesellschaft Weser nun einmal ausnahmsweise 10 Prozent verteilt, so soll das eben auf Fehler in der Verwaltung zurückzuführen sein, sonst hätte sie auch 30 Prozent auszahlen können. Es ist ja nun bezeichnend, daß nicht allein mit der Entlassung gedroht wird, sondern die Entlassungen haben schon allmählich eingesetzt und zwar aus den Gründen eingesetzt, weil man auch in den anderen Abteilungen der Aktiengesellschaft Weser, dem neuen

Zweig der Reparaturen der Lokomotiven und der Eisenbahnwagen, eine Aenderung schaffen will. Dabei wird angegeben, die Eisenbahn kann und will die bisherigen Preise für die Arbeit nicht mehr bezahlen, die Preise müssen herabgesetzt werden, es muß billiger gearbeitet werden, und weil die Eisenbahndirektion gedroht hat, der Aktiengesellschaft Weser die Bestellungen zu entziehen, greift man bereits in dieser Branche zu Entlassungen. Daß die Aktiengesellschaft Weser ursprünglich keine Entlassungen hat vornehmen wollen, mag ja daraus hervorgehen, daß sie sich im letzten Winter noch vergrößert hat, indem sie die Ottwi-Werke zur Vergrößerung ihres Betriebes angekauft hat, um dort die Wagen- und Lokomotiv Reparaturen vorzunehmen. Da nun die Aktiengesellschaft „Weser“ mit Arbeiterentlassungen droht, vermute ich, daß diese Arbeiterentlassungen — sie sind ja schon in die Erscheinung getreten — den Zweck verfolgen, die Lebenshaltung der Werkstarbeiter unter allen Umständen zu drücken, um die Werkstarbeiter gefügiger zu machen. Es kommt noch hinzu, daß, wie hier bereits ausgeführt ist, die Einführung einer neuen Arbeitsordnung mit dieser Sache zusammensfällt. Wir sind außerdem aufgefordert worden, zuzulassen, daß die Reichswehr den Fabrikbetrieb betreten könne, um sich einmal das Schauspiel eines Stapellaufes anzusehen. Wir haben das aber natürlich schon lange fertig sein sollen, doch ist die Fertigstellung aber hinausgeschoben worden, und weil nun die Polizeidirektion die Vorlage der Arbeitsordnung verlangt, wurde darüber erneut verhandelt. Die Leitung der Aktiengesellschaft „Weser“ erklärte, daß der Arbeitsordnungsentwurf der Arbeiterschaft abgelehnt werde, es müsse der Entwurf angenommen werden, der vom Vorstand der Aktiengesellschaft „Weser“ ausgearbeitet sei, denn es sei damit beabsichtigt, die letzten Auswüchse der Revolution, auch der Bremer Revolution, restlos zu beseitigen. Also wir sehen, wohin die Bestrebungen der Unternehmer gehen. Die Arbeiter haben also alle Veranlassung, die Augen offen zu halten, um zu sehen, was vor sich geht. Nun steht mit den Entlassungen die bremische Industrie nicht allein, sondern wir sehen auch im bremischen Staate, daß Arbeiterentlassungen vorgekommen sind. Ich erinnere an die Entlassung von Arbeitern bei der Straßenreinigung, ich erinnere daran, daß bei den staatlichen Behörden die Reinmachefrauen entlassen werden sollen, trotzdem es Kriegswitwen sind. Wir sehen also, daß hier Staat und Privatkapitalismus Hand in Hand gehen. Also die ganze Tendenz, die ganze wirtschaftliche Richtung in Deutschland ist nur auf die Unterdrückung der Arbeiter eingestellt. Meine Herren, Sie können sich versichert halten, daß wir als Führer der Arbeiterschaft die Augen offen halten werden.

Dr. Gebert (D. P.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich glaube, daß die Debatte sich

von dem eigentlichen Gegenstand der Interpellation sehr weit entfernt hat. Der Herr Senatskommissar hat nach meinem Dafürhalten mit Recht — und ich glaube, auch nach dem Dafürhalten eines großen Teiles dieses Hauses — darauf hingewiesen, daß die Frage, ob die Voraussetzungen für Betriebsstillegungen oder Einschränkungen oder Massenentlassungen vorliegen, niemals von einer Verwaltungsbehörde allein, auch nicht von dem Demobilisierungskommissar entschieden werden kann, sondern daß für diese Entscheidung der gesetzmäßig vorgesehene Weg gegeben ist, also entweder durch den Schlichtungsausschuß im Schiedsspruch oder vor dem Gewerbegericht im richterlichen Urteil. Herr Präsident! Bei dieser Lage kann eigentlich kein Zweifel darüber bestanden haben, daß die Stellungnahme des Senatskommissars nach der Richtung ausfallen mußte, wie sie tatsächlich ausgefallen ist. Er hat sich mit Recht auf die rechtliche und rein sachliche Erörterung dieser Frage beschränkt. Für jeden, der sich hierüber klar war, mußte aber zugleich die Frage auftauchen, ob hinter dieser Interpellation nicht etwas anderes steht, als die Erörterung dieser rein wirtschaftlichen Frage, und es muß mit allem Nachdruck betont werden und Verwahrung dagegen eingelegt werden, daß rein wirtschaftliche Fragen oder Fragen rein sozialpolitischer Art im Wege einer Interpellation an den Senat vor die Bürgerchaft gebracht und auf das politische Gebiet hinübergeworfen werden. Wenn ich zunächst angenommen habe, daß vielleicht wegen der Schwierigkeit bei der Beurteilung der Rechtsfrage die Möglichkeit bestehen konnte, daß der Interpellant von falschen Voraussetzungen ausgegangen war, so ist mir nach der Art und Weise, wie die Interpellation begründet ist und wie die Debatte sich entwickelt hat, kein Zweifel darüber gelassen, daß es sich darum handelt, die rein wirtschaftliche Frage politisch zu beleuchten und auszuschlachten. Das ist etwas, wogegen wir auf das schärfste Protest einlegen müssen. Ich möchte nur das eine sagen, es gibt kein politisches Programm der Welt, keine politische Parteireden, die in der Lage wäre, die rein wirtschaftlichen Fragen zu beeinflussen, geschweige denn maßgebend zu bestimmen. (F a u s t: Das verstehen Sie nicht!) Wogegen ich mich weiter verwahren muß, ist der Umstand, daß bei der Interpellation zwei Fälle, der von der Vacuum Oil Co. und den Hansa-Lloyd-Werken, aus der Versenkung herausgeholt worden sind. Ich glaube, wir haben allen Grund, dankbar anzuerkennen, daß derartige schwierige Fragen durch die Leitung der Werke im Zusammenarbeiten mit den Arbeitern geschlichtet worden sind, das ist geschehen sowohl auf den Hansa-Lloyd-Werken wie bei der Vacuum Oil Co. Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir sind uns vollkommen klar darüber, was es bedeutet, 300 Arbeiter zu entlassen, und wir können mit Zug und Recht für uns in Anspruch nehmen, daß wir auch die volle Tragweite überblicken. Aus diesem Gesichtspunkt heraus müssen wir uns dagegen verwahren, daß

diese Angelegenheit vor uns in tendenziöser Weise ausgeschlachtet wird. Der Fall der Hansa-Lloyd-Werke ist so erledigt, daß die gesetzliche Einspruchsfrist längst verstrichen ist. (Starker: Das nennen Sie restlos erledigt sein?) Und der Fall bei der Vacuum Oil Co. liegt so (Höder: Bei den Besigheimer Werken!) Nicht bei den Besigheimer, sondern bei Groß-Gerau, da liegt die Sache so, daß die Sache restlos im Instanzenweg erschöpft ist. (Dr. Künkler: Und die Arbeiter sind auch erschöpft!) Ich möchte darauf hinweisen, daß, als Herr Höder sprach, wir nicht einen Zwischenruf gemacht haben, und möchte bitten, meine sachlichen Ausführungen ruhig anzuhören. (F a u s t: Rein sachlich! — Zuruf Dr. Künklers.) Herr Dr. Künkler, ich wundere mich, daß Sie auch Zwischenrufe machen, Sie müßten doch wissen, daß es Anstandsspflicht ist, auch den anderen Teil ruhig anzuhören.

Dr. Künkler: Ich verbitte mir diesen schulmeisterlichen Ton mir gegenüber. (Zuruf Starker.)

Präsident: Unterlassen Sie bitte diese Bemerkungen.

Dr. Künkler: Ich verbitte mir diese Bemerkungen. Herr Präsident, rufen Sie ihn zur Ordnung, wenn der Redner Bemerkungen über Anstand macht.

Präsident: Sie haben ihn durch Ihre Zwischenrufe dazu herausgefordert. (Zurufe b. d. U. S.)

Dr. Gebert (fortfahrend): Wenn ich ausführen durfte, daß die Angelegenheit bei den Vacuum Oil Werken und bei den Hansa-Lloyd-Werken restlos geklärt ist, so liegt die Sache bei der A.-G. „Weser“ anders. Es ist für gut befunden worden, heute vor der Bürgerchaft eine Frage aufzurollen, die noch gar nicht spruchreif ist, die auch das Reich noch beschäftigt. Es ist ganz richtig von Herrn Höder darauf hingewiesen worden, daß man noch mit der Verteilung der Baugelder, also mit der Aufstellung des Bauprogramms beschäftigt ist. Es ist vom Senatskommissar darauf hingewiesen worden, daß sämtliche Faktoren dabei vertreten sind: Regierung, Reichstagskommission, Reedereien, Verftindustrie und die Arbeitnehmerorganisation. (Zuruf Starker: Also vier gegen einen!) Es ist aber mehr als merkwürdig, daß in der entscheidenden Verhandlung am 27. Mai in Hamburg, die sich mit der Frage der Streckung des Bauprogramms zu beschäftigen hatte und die bestimmen sollte, welche Arbeitsquanten auf jede Werft entfallen sollen, daß gerade in dieser maßgebenden Sitzung die Arbeitnehmer nicht erschienen sind, wodurch die Angelegenheit auf die lange Bank geschoben wurde. (Hört, hört! rechts.) Ich hebe mit Nachdruck diese Tatsache hervor. Ich weiß nicht, ob es richtig ist, daß eine Frage, die in der Schwebe ist, von

denen aufgerollt wird, die nicht daran aktiv mitgearbeitet haben, bevor sie überhaupt spruchreif ist. Ich glaube, daß dahinter Konsequenzen stehen, die die Herren hier nicht übersehen können. Tatsache ist, daß durch die Vorschläge des Bauausschusses der Schiffbau in eine andere Richtung gedrängt worden ist. Tatsache ist, daß die Beträge, von denen die Werften annehmen konnten, daß sie baldigst ihnen zufließen würden, nicht im entferntesten bezahlt worden sind. Daß das Bauprogramm verzögert werden muß, ergibt sich aus der Verteilung der Baugelder auf so und so viele Jahre. Ich glaube, die Art und Weise der Angelegenheit verbietet es, auf Einzelheiten einzugehen. Auf der anderen Seite bitte ich aber zu bedenken, wenn Sie von produktiver Arbeitsleistung sprechen, daß produktive Arbeitsleistung nur durch produktive Arbeit geleistet werden kann und produktive Arbeit leistet nur der, der seine Arbeitskraft restlos zur Verfügung stellt. (Lachen auf der Linken.) Das glaube ich Ihnen, daß Ihnen diese Ansicht nicht paßt. Ich will aber darauf hinweisen, daß, da die Fälle auf der A.-G. „Weser“ Ihnen ja bekannt sind, eine große Anzahl von Arbeitern nur durchgeschleppt werden und das Unkostenkonto sehr hoch belasten. Was die Frage der Arbeitsordnung angeht, so bitte ich, sich den § 18 des Betriebsrätegesetzes anzusehen, der wird Ihnen über die Frage restlos Aufklärung geben. (Rühl: Wir brauchen Ihre Aufklärung nicht!) Im übrigen ist die Lage auf der A.-G. „Weser“ tatsächlich richtig dargestellt worden. Es muß aber auch zugegeben werden, daß die A.-G. „Weser“ bisher immer das äußerste getan hat, um neue Arbeiter einzustellen. Als der Wiederaufbau der Handelsflotte in Angriff genommen wurde, ergab sich die Möglichkeit, eine sehr starke Arbeiterzahl im Schiffsbau einzustellen. Inzwischen ist die Lage anders geworden. Die A.-G. „Weser“ hat trotz der Verschlechterung der Lage eine Arbeiterschaft von über 10 000 gehalten. Es muß jedem klar sein, daß das kein Zustand ist, der bis in die Ewigkeit fortgeschleppt werden kann. (Lärm auf der Linken), und wenn die Verhältnisse so liegen, daß keine Arbeit da ist, dann ist auch das beste Recht auf Arbeit illusorisch. (Erneuter Lärm auf der Linken.) Wenn der Unternehmer die Arbeit strecken muß, so ist er letzten Endes der Leidtragende ebenso wie der Arbeiter. Ich glaube, daß im übrigen der Schlußsatz der Interpellation es nicht verdient, ihn zum Gegenstand einer weiteren Erörterung zu machen. (Miller: Das ist Ihnen wohl unangenehm?) Es wird darin dem Unternehmer vorgeworfen, er eröffne die Generaloffensive gegen die Arbeiterschaft. Mir kommt es im Gegenteil so vor, als wenn er den Auftakt bilden sollte für eine Generaloffensive der Arbeiter gegen die Unternehmer.

Dogler (B.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Man kann wirklich zweierlei Meinung sein. (Lachen und Zurufe auf der Linken.) Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Man kann wirk-

lich zweierlei Meinung sein, ob hinter dieser Interpellation tatsächlich der Ernst steht, den man hineinzu legen sich bemüht. Die Dinge liegen so: Es ist wirklich noch nicht entschieden, daß derartige schwerwiegende wirtschaftliche Fragen wie die der Arbeiterentlassungen allein durch ein Parlament gelöst werden könnten, oder ob es nicht richtiger ist, sie durch die Arbeitnehmergewerkschaften erledigen zu lassen. Das letzte scheint das zunächstliegende zu sein, und wenn Sie heute, meine Herren von links, wenn Sie sich heute an einen bürgerlichen Senat wenden um Hilfe, dann nimmt sich diese Ihre Stellungnahme gegenüber derjenigen, die Sie sonst eingenommen haben, recht zweifelhaft aus. (Faust: Die Regierung ist also nur für das Bürgertum da!) Herr Faust hat recht, der Senat ist nicht allein für das Bürgertum da, sondern eine jede Regierung hat das Interesse des Volkes wahrzunehmen. Darüber gibt es keinerlei Meinungen, sondern da sind wir einer Meinung. (Zuruf links: Aber im Volke zweierlei Meinung.) Herr Miller, ich habe bereits gesagt, daß derartige Wirtschaftsfragen nicht gelöst werden können in einem politischen Parlament, wohl aber ist richtig, daß das Parlament Vorsorge treffen kann, damit nicht ein großer Teil der Arbeiter, wenn die Entlassungen Tatsache werden, dem Elend preisgegeben wird. Insofern bin ich der Ansicht, daß die Interpellation gerechtfertigt ist, daß Senat und Bürgerchaft dadurch aufmerksam gemacht werden auf diese Gefahr. (Miller: Was wollen Sie eigentlich?) Herr Miller, Sie haben schon einmal zwei Stunden geredet, ohne daß man wußte, was Sie wollten. Wenn Herr Gebert sagt, daß er Verwahrung einlegen müsse, solche Dinge vor das Parlament zu bringen, so möchte ich ihm sagen, daß die Arbeitgebervertreter die letzten sein sollten, dagegen Verwahrung einzulegen, daß aber die Arbeitnehmervertretungen das Recht und die Pflicht haben, solche Gefahren aufzudecken, um Maßnahmen zu beraten, den Gefahren vorzubeugen oder sie zu mildern. Und da sage ich Ihnen folgendes, meine Damen und Herren von links: wenn die Arbeiterschaft der A.-G. „Weser“ sich hätte auf eine starke, finanzkräftige Arbeiterorganisation stützen können, um von sich aus einen derartigen Kampf zu führen, um nicht erst an den Vater Staat herangehen zu müssen, so wäre das viel richtiger gewesen. Wenn die Dinge aber so liegen, wie der unabhängige Kartellvorsitzende Sommer in der Tagespresse berichtet hat, daß über die Hälfte der Arbeiterschaft bei der A.-G. „Weser“ unorganisiert umeinander läuft, dann wundern Sie sich nicht, wenn die Arbeitgeber zu solchen Mitteln greifen. Meine Damen und Herren! Darüber sind wir auch einer Meinung, soweit die arbeitende Bevölkerung — ob Hand- oder Kopfarbeiter — in Frage kommt, daß die Arbeiterschaft sich durch ihren blödsinnigen Bruderkampf selbst die Waffe aus der Hand geschlagen hat, die sie benutzen sollte, um geschlossen dem Unternehmertum gegenüber zu treten. Darüber wollen wir nicht streiten; es ist schlimm genug, daß wir derartige Tatsachen hier aus-

sprechen müssen. Werte Anwesende! Wie können wir nun zu einem greifbaren Resultat kommen? Ich bedaure, daß der Interpellant Herr Höder nach dieser Richtung hin überhaupt keine Vorschläge gemacht hat, ob und was geschehen soll. Ich kann es zurzeit nicht beurteilen, und ich glaube, Herr Höder auch nicht, ob die Entlassungen tatsächlich verhindert werden können. Sollten sie aber eintreten, dann ist es schlimm genug, und es muß selbstverständlich Vorsorge durch die bremische Regierung dagegen getroffen werden. Und deshalb möchte ich mir erlauben, folgenden Antrag zu stellen:

Sollte wider Erwarten die Gefahr größerer Arbeiterentlassungen nicht zu umgehen sein, so beauftragt die Bürgerschaft den Senat, schleunigst zu prüfen, inwiefern Notstandsarbeiten größeren Stils in Angriff genommen werden können.

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Nach dieser Richtung hin, glaube ich, hätte die Linke verfahren sollen. Und ich hätte schließlich auch erwarten können, daß man von der Rechten nach dieser Seite hin dem Senat einen Auftrag gegeben hätte, um, wenn sich tatsächlich diese Gefahr der Entlassungen nicht beseitigen läßt, sofort zu prüfen, was es zu tun gibt, wenn diese Dinge eintreten, die da befürchtet werden.

Präsident: Herr Dohler, ich habe Ihren Antrag wie folgt geändert:

Die Bürgerschaft beauftragt den Senat, schleunigst zu prüfen, inwiefern Notstandsarbeiten größeren Stils in Angriff genommen werden können, falls wider Erwarten größere Arbeiterentlassungen nicht zu umgehen sein sollten.

Dohler (Chr. Bp.): Sie haben ihn ja auf den Kopf gestellt.

Präsident: Ich habe nur die Worte etwas umgekehrt.

Dr. Böhmert (D.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir würden es selbstverständlich auf das schärfste mißbilligen, wenn ohne zwingende Notwendigkeit Arbeiter und Angestellte entlassen werden sollten. Noch stärker würde unsere Mißbilligung sein, wenn, wie das der Herr Redner der Unabhängigen behauptet hat, die Unternehmer das aus dem Grunde tun sollten, um die Arbeiter gefügig zu machen, um einen Druck auf sie auszuüben. Wir würden aus dieser Stellung auch die notwendigen Konsequenzen ziehen. Nun bin ich aber der Ansicht, daß die Herren von der Linken, die zu dieser Sache gesprochen haben, nicht eine einzige Tatsache haben anführen können, aus der irgendwie auf ein unsoziales Verhalten der Unternehmer geschlossen werden könnte. Denn daß Unter-

nehmer manchmal tatsächlich nicht in der Lage sind, selbst bei starker Inanspruchnahme ihrer Reserven, ins Blaue hinein Arbeiter zu beschäftigen, ohne das Unternehmen selbst in Gefahr zu bringen, ist selbstverständlich. Auch der Staat hat sich ja leider — und wir wissen, wie schwer ihm das geworden ist — genötigt sehen müssen, manche Arbeitskraft, die von der Kriegszeit her bei ihm beschäftigt war, abzustößen. Also es gibt zwingende wirtschaftliche Notwendigkeiten, wo es nicht möglich ist, die Betriebe in der Weise aufrecht zu erhalten, wie es an sich selbstverständlich zu wünschen wäre. Niemand hat nun an dem Gedeihen der Industrie ein größeres Interesse als der Unternehmer selbst, und ich glaube, wir werden wohl annehmen können, daß sie bis an die äußerste Grenze des Möglichen gehen, um den Betrieb zu erhalten. Ich meine allerdings: gerade die Großindustrie der Eisenbranche hat in den letzten Jahren so außerordentlich große Gewinne gemacht, daß sie wohl eine zeitlang auch minder wirtschaftliche Arbeiten vollführen lassen könnte, um wenigstens einen Teil ihrer Arbeiter vor dem Elend zu bewahren, das mit einer Entlassung verknüpft ist. Wie weit darin gegangen werden kann, das zu untersuchen, ist aber nicht Sache des Senats. Er kann dabei in keiner Weise eingreifen. Wir treten vollständig dem bei, was der Herr Senatskommissar ausgeführt hat. Die Befugnisse des Senats und der Demobilmachungskommission sind in der Hinsicht auf ganz bestimmte Fälle beschränkt, und die Fälle, die hier zur Sprache gebracht worden sind, kommen dabei überhaupt nicht in Betracht. Die Schlichtungsausschüsse, die mit der Verordnung vom 12. Februar 1920 oder auch mit der Frage der Freimachung von Arbeitsstellen zu tun haben, wenn eine größere Arbeitslosigkeit eintreten sollte, sind richterliche Instanzen, in deren Entscheidung vom Senat aus nicht eingegriffen werden kann. Wir müssen also zunächst feststellen, daß der Herr Interpellant keinerlei Recht hat, unserer Regierung irgendwelche Vorwürfe daraus zu machen, daß bedauerlicherweise in dieser industriellen Krise schon Entlassungen stattfinden müssen. Wir haben als Bürgerschaft allerdings ein allgemeines staatliches Interesse daran, daß rechtzeitig Maßnahmen getroffen werden, um, falls wirklich eine große Arbeitslosigkeit entsteht, das daraus entstehende Elend zu mildern. In der Hinsicht weiche ich von dem ab, was Herr Dr. Geberth ausgeführt hat. M. E. ist es tatsächlich Aufgabe der Bürgerschaft und des Senats, dieser Frage seine Aufmerksamkeit zuzuwenden. Wenn wirklich einmal 3000 Arbeiter — und das wird in den nächsten Monaten oder Jahren wohl möglich sein — entlassen werden müßten, dann muß der Staat, und also in erster Linie der Senat, sich ernstlich mit der Frage befassen, was getan werden kann, um dem schlimmsten vorzubeugen, wenn es nicht gelingen sollte, diese Tausende von Arbeitern in andern Teilen Deutschlands oder in andern bremischen Industrien unterzubringen. Wir billigen

durchaus den Antrag Dohler. Und ich glaube, auch sonst würde noch manches zu erwägen sein, um für den Fall einer solchen akuten Arbeitslosigkeit Abhilfe zu schaffen. Ich mache vor allem darauf aufmerksam, daß bei allen diesen Beschäftigungen Arbeitsloser, diesen Notstandsarbeiten es hauptsächlich darauf ankommt, diejenigen Arbeiter, die auf die Dauer doch in der Großindustrie nicht beschäftigt werden können, rechtzeitig in andere Berufe auf dem Lande oder in andere Teile Deutschlands zu bringen. Das müßte die erste Aufgabe jeglicher Notstandsarbeiten sein. Im übrigen glaube ich, daß wir keinen weiteren Anlaß haben, uns mit den Ausführungen des Herrn Interpellanten zu befassen. Er hat keinerlei konkrete Anträge gestellt, und das, was der Herr Senatskommissar gesagt hat, findet unsere volle Billigung.

Rühl (U. S.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es ist mir soeben mitgeteilt worden, daß die Delfabrik Groß-Gerau vor 14 Tagen ihren Arbeitern die Mitteilung gemacht habe, sie hätte größere Auftragsaufträge, und diese Aufträge seien nur zu erledigen, wenn die Arbeiter sich bereit erklärten, im Accord zu arbeiten, um auf diese Weise die Produktion zu verbilligen. Und nun, nach einigen Tagen, stellte sich heraus, daß das nicht auf Wahrheit beruhte, sondern daß die Arbeitszeit tatsächlich auf 6 oder 4 Stunden täglich reduziert worden ist. Sie sehen also, auf welche Weise das Unternehmertum arbeitet. Wenn nun gefordert wird, daß vom Staat aus für die Erwerbslosen Notstandsarbeiten eingerichtet werden sollen, so ist mir diese Forderung eigentlich unverständlich angesichts der Tatsache, daß der Staat selbst bereits dazu übergegangen ist, seine überschüssigen Arbeitskräfte zu entlassen. Wenn der Staat gewillt wäre, die produktive Erwerbslosenunterstützung durchzuführen und Notstandsarbeiten einzurichten, dann wäre es erstes Gebot gewesen, diese Leute, die er entlassen hat, zunächst dabei zu beschäftigen. Herr Dr. Gebert als Vertreter der Arbeitgeber war nun der Meinung, daß die Interpellation darauf begründet sei, die politischen Momente in den Vordergrund zu stellen. Ich will bemerken, daß das Unternehmertum von jeher bemüht gewesen ist, politische und wirtschaftliche Fragen den Arbeitern gegenüber getrennt zu halten, wogegen sie selbst in ihren eigenen Organisationen es durchaus für angebracht halten, die wirtschaftlichen Fragen zu politischen Fragen zu machen, daß ihre wirtschaftlichen Organisationen sich durchaus politisch betätigen, wenn es ihnen in den Kram paßt. Ich erinnere Sie nur an den Reichslügenverband, der zunächst auf wirtschaftlicher Grundlage zusammengeschlossen war und dann auf politischem Gebiet in der gemeinsten Weise gegen die Sozialdemokratie gehebt hat und auch wohl heute noch hebt. Aber es ist ein beliebtes Mittel, politische und wirtschaftliche Fragen vor der Arbeiterschaft auseinander zu halten, und leider sind eine große Anzahl

Arbeiter darauf hinein gefallen. Und das ist m. E. die äußere Ursache dafür, daß wir jetzt nicht als politische Einheit dem Unternehmertum gegenüberstehen. Im übrigen war Herr Dr. Gebert der Meinung, daß wir bezüglich der Arbeiterentlassungen auf der U. S. „Weiser“ die Sachlage nicht genügend übersehen. Darum möchte ich erklären, daß diese Behauptung — ich weiß nicht, ob sie wider besseres Wissen geschehen ist oder ob es nur eine parlamentarische Entgleisung ist. Wenn es außerhalb des Hauses wäre, würde ich Dr. Gebert sagen, es sei eine Unverschämtheit. Wir sind über die Sache im Bilde. Ich meine, wenn der Vorstand der Aktiengesellschaft „Weiser“ uns erklärt, auf Grund der Streckung des Schiffsbauprogramms sind 4000 bis 5000 Arbeiter zu entlassen und wenn die Schiffsbautreuhandbank uns als Betriebsratsmitglieder dieses bestätigt, daß die Werftarbeiter sich darauf einrichten müssen, daß große Entlassungen nicht zu vermeiden seien, so ist das auch richtig. Es sei allerdings nicht zu übersehen, in welchem Umfang die Arbeiterentlassungen vorzunehmen seien, aber es sei damit zu rechnen, daß in großem Umfang diese Entlassungen vorgenommen würden, da der größte Teil der Baukostenzuschüsse für 1921/22 bereits jetzt von den Reedern verbraucht und von den Schiffswerften verwendet sei. Der Vorsitzende der Treuhandbank machte uns ausdrücklich darauf aufmerksam, wir hätten uns darauf einzurichten, wir möchten die Arbeiter davon in Kenntnis setzen, daß sie mit großen Entlassungen zu rechnen hätten. Dann verstehe ich nicht, wie man sagen kann, daß wir nicht den nötigen Ueberblick hätten, wenn wir uns an Ort und Stelle informiert haben. Es wird nun gesagt, die Werftarbeiter sind in dem Bauauschuß der Treuhandgesellschaft vertreten. Ja, wie sind sie denn vertreten? Sie sind erst hineinkommen durch die Verwendung des unabhängigen Reichstagsabgeordneten Dismann. Es ist nun mehrfach bemerkt, daß Arbeitervertreter in dieser Körperschaft Sitz und Stimme haben, aber was bedeutet es denn, wenn in dem Bauauschuß ein Angestelltenvertreter und ein Vertreter der Werftarbeiter sitzen. Das besagt gar nichts. Diese Vertretung ist nur dazu da, daß man sich dahinter verschancen will. Und es wäre besser gewesen, die Arbeiter wären in dem Ausschuß nicht vertreten gewesen. Also meine Damen und Herren, die Sache liegt in Wirklichkeit so, wie sie hier vorgetragen ist. Das Unternehmertum an der ganzen Linie versucht mit allen Mitteln, die Arbeiter zu unterdrücken, zu knechten, indem man den „achtstundentag wieder beseitigt und die Löhne herabsetzt.

Lübke mann (U. S.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte an einen Ausspruch, den ein Mitglied dieses Hauses im vorigen Jahre hier machte, das den Hansa-Lloyd-Werken sehr nahe steht, erinnern. Der Herr sagte, an dem Ort, wo früher eine Sandwüste war, sind jetzt 3400 Arbeiter beschäf-

ligt. Anscheinend wollte er damit sagen, wir sind diejenigen, die das machen können. Aber dieses Gebilde, was sich dort entwickelt hat in Hastedt, ist auf sehr schickigem Boden gebaut. Sie sehen heute, daß von den 3400 Arbeitern, die dort im vorigen Jahre beschäftigt waren, im Dezember nur noch 1796 beschäftigt waren, am 1. Juni waren noch beschäftigt 1420. So sieht das große Unternehmen aus. Dem einsichtigen Arbeiter, der auf Hansa-Lloyd beschäftigt war, war es lange klar, daß dies nicht so weiter ginge, weil die vorausgesehen haben, daß die Produktion, die dort stattfand, nur eine Folge des Krieges war und mit Beendigung des Krieges zusammenbrechen würde und zusammenbrechen mußte. Und das haben uns jetzt die Zahlen gelehrt. Die Verwaltung hat es nicht verstanden, sich früh genug auf die Friedensproduktion einzurichten, und jetzt haben sie den Schaden davon, die Arbeiter in erster Linie. Wenn nun von Herrn Dr. Gebert, dem Vertreter der Unternehmer, hervorgehoben wird, daß er es verurteilen müsse, wenn derartige Fragen wirtschaftlicher Natur mit Parteianglegenheiten verquidelt würden, so verstehe ich das, wenn ein Dr. Gebert diese Ausführungen macht, aber auf der anderen Seite muß ich daran erinnern, daß es gerade dieselben Unternehmer sind, die es sehr wohl verstehen, ihre wirtschaftlichen Fragen politisch auszunutzen, wenn sie Kredite verlangen (Miller: 20 Millionen für Hansa-Lloyd!) Nun zu den Verhältnissen auf den Hansa-Lloydwerken in bezug auf die Entlassungen. Herr Dr. Gebert, wenn die Arbeiter nicht energisch gegen die Maßnahmen der Direktion protestiert hätten, dann wären die Maßnahmen andere geworden. Ganz richtig hat mein Freund Kühl schon ausgeführt, daß die Unternehmer drum und dran sind, die letzten Errungenschaften der Revolution den Arbeitern streitig zu machen. Die Hansa-Lloydwerke hatten vorgesehen, es sollen 40 Stunden, also 5 Tage, gearbeitet werden in der Woche. Nur einzelne Ressorts, die mit Aufträgen genügend zu tun haben, die sollen 48 Stunden die Woche arbeiten, aber in Ueberschichten. Also der Achtstundentag sollte beseitigt werden nach Ermessen. Im übrigen sollten die sogenannten qualifizierten Facharbeiter 48 Stunden beschäftigt werden in den Ressorts, die nur 40 Stunden arbeiten. Was besagt das? Weil die qualifizierten Arbeiter mehr und mehr von den Hansa-Lloydwerken wegzulaufen, weil sie dort nicht genug verdienen. Leider haben wir die traurige Tatsache zu verzeichnen, daß die Unternehmer sich gegenseitig verpflichtet haben, keinen Arbeiter einzustellen, wenn er von diesem Werk kommt. Leider haben wir diese Verpflichtung auch in anderen Werken. Sie können heute ein Interat lesen, das es den Unternehmern verbietet, einen Arbeiter einzustellen, der bei anderen Betrieben aufhörte, weil er dort nicht genug verdiente. So bei den Hansa-Lloydwerken. Der beste Beweis, daß diese Tatsachen richtig sind, ist der, daß von den letzten 200 Mann, die in den letzten 3 bis

4 Wochen zur Entlassung gekommen sind, über zwei Drittel sind, die freiwillig gegangen sind von den Hansa-Lloydwerken. Also so liegen die Verhältnisse in Wirklichkeit. Die Hansa-Lloydwerke wären sehr wohl in der Lage, bessere Löhne zu zahlen, wenn sie nur den guten Willen hätten. Dann würden sie auch qualifizierte Arbeiter bekommen, die brauchen dann nicht wegzulaufen.

Höcker (R.): Meine Damen und Herren! Ich möchte zuerst auf die Ausführungen meines Kollegen Fricke eingehen, der, weil er auf der Werft beschäftigt ist, mit den Entlassungen der Arbeiter vertraut ist. Es ist für uns interessant, die Stellungnahme seiner Partei festzustellen. Fricke sagt, wir wollen die Erfüllung des Friedensvertrages durch Verbesserung der technischen Einrichtungen ermöglichen, weil die Erfüllung des Friedensvertrages notwendig mit einer Verschärfung der Ausbeutung und teilweisen Einschränkung derjenigen Betriebe vor sich gehen muß, die nicht konkurrenzfähig sind. Wenn Fricke sagt, daß die Erfüllung dieser Forderungen durch eine Verbesserung der Technik erfolgen soll, so scheint Herr Fricke nicht zu wissen, daß die deutschen Unternehmer in den letzten Jahren in unerhörtem Maße mit dem Abbruch und Verkauf der Produktionsmittel vorgegangen sind. Diejenigen Maschinen, die für die Herstellung von Lebensmitteln und Bedarfsartikeln am notwendigsten sind, die Schuhfabriken, Textilfabriken, sind von den Unternehmern verkauft und nach dem Auslande verschoben. Es ist uns ein Rätsel, wenn die Unternehmer die Produktionsmittel verkaufen um des Profits willen, wie dann die Mehrheitssozialisten durch technische Verbesserungen die Erfüllung des Friedensvertrages möglich machen wollen. Aber das Zentralorgan der mehrheitssozialistischen Partei war doch in diesen Tagen gezwungen, zu erklären, unter Hinweis auf die Ausführungen des Reichskanzlers Wirth, daß es ganz klar und deutlich gesagt werden müsse, daß die eingegangenen Verpflichtungen nicht, wie Herr Fricke meint, durch technische Verbesserungen, sondern durch Mehrarbeit erfüllt werden müssen. Und diese Mehrarbeit soll das Proletariat leisten, es soll nicht allein für die Existenz der deutschen Unternehmer, sondern auch für die Forderungen der Entente arbeiten. Ich muß nun auf die Ausführungen des Herrn Senatskommissars zurückkommen und feststellen, daß sie außerordentlich kläglich waren. Der Senatskommissar hat (Präsident: Ich möchte Sie bitten, einen solchen Ausdruck nicht zu gebrauchen!) eine Rede verlesen, die weiter nichts gesagt hat, als daß die Sache nicht hierher gehöre und die maßgebenden Instanzen, die Schlichtungsausschüsse usw. die Aufgabe hätten, die für die Arbeiter so wichtige Frage zu lösen. Ich habe schon nachgewiesen, daß in einem Rundschreiben die Unternehmer die Schlichtungsausschüsse in ihrem Sinne beeinflussen, und es ist ein ganz offenes Geheimnis, daß die

Schlichtungsausschüsse von den Unternehmern geschaffen und daß sie in allen entscheidenden Fällen zugunsten dieser ihr Urteil sprechen, daß es also nichts anderes heißt, wie den Teufel bei der Großmutter verlagern, wenn die Arbeiter an den Schlichtungsausschüssen verwiesen werden. Vor den Schlichtungsausschüssen werden die Nöte des Proletariats nicht beseitigt. Herr Dr. Gebert sagt, daß letzten Endes es dem Unternehmer freistehen müsse, die Arbeiter auf die Straße zu setzen. Meine Damen und Herren! In Ihren eigenen Kreisen gibt es heute Personen, welche daran zweifeln, ob die heutige Produktionsform die richtige ist. Kein geringerer wie Dr. Walther Rathenau, der jetzige Wiederaufbauminister, sagt u. a. folgendes:

„... Wie im Zimmer eines Todkranken die Angehörigen sich mit einer leichten Senkung der Fieberkurve trösten, obwohl sie heimlich wissen, daß die Stunde schlägt, so suchen die Urteilsfähigen sich weißzumachen, daß am Ende alles mit kleinen Mitteln, wo nicht von selbst, in Ordnung kommt. Nichts kommt in Ordnung, es sei denn durch die größten Mittel. Die Lagunenstadt unserer Wirtschaft ist zum Einstürzen reif, denn ihre sämtlichen Stützbalken sind verfault. . . .“

Und das sagt nicht ein Kommunist, kein Sozialist, das sagt kein geringerer wie der Führer des größten industriellen Werkes Deutschlands, der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft. Wenn dieser Mann schon selbst einzieht, daß die Sachen der kapitalistischen Produktion verfahren sind, kann die Stellungnahme eines Herrn Dr. Gebert nicht mehr maßgebend sein. Dann müssen Sie auch verstehen, welche Schlüsse die Arbeiter daraus ziehen. Und wenn Herr Dr. Gebert und der Senatskommissar sagt, die Sache gehöre hier nicht her, so will das heißen, daß diese von den Arbeitern verlangen, sie sollen sich von dem Unternehmer auf die Straße werfen lassen. Und wenn sie dann nichts mehr zu essen haben, dann wollen Sie, daß die Arbeitslosen sich an den Chausseegraben setzen und verreden. Wir können verstehen, wenn die Unternehmer nicht freiwillig bereit sind, ihre wirtschaftliche Stellung in der heutigen Gesellschaft aufzugeben. Es kommt aber auch darauf an, daß wir hier die Stellungnahme der Arbeiterparteien präzisieren, die vorgeben, die Interessen des Proletariats, das an diesen Fragen interessiert ist, zu vertreten. Und bekanntlich stehen auch Mehrheitssozialisten auf dem Boden der Arbeitsgemeinschaft. Sie glauben, daß durch ein Zusammengehen der Arbeitgeber mit den Arbeitnehmern eine Lösung der sozialen Frage möglich ist. (Achtung: Haben Sie eine Ahnung!) Sie glauben, daß der Arbeiter auch in der kapitalistischen Gesellschaftsordnung eine menschenwürdige Lebenshaltung erhalten kann. Es ist bedeutungsvoll, daß der Gedanke der Arbeitsgemeinschaft gerade von den Arbeitgebern propagiert wird, weil sie erkennen, die Zerstörung der Produktion ist soweit vorgeschritten, daß sie allein nicht imstande

sind, den Kapitalismus wieder aufzubauen. Sie müssen die Arbeiter zu gewinnen suchen. Die Arbeitgeberzeitung schreibt in Nr. 35:

Präsident: Ich muß Sie bitten, das viele Vorlesen zu unterlassen, zum mindesten müssen Sie um Erlaubnis bitten.

Höcker: Herr Gebert hat das Thema angeschnitten. Ich kann mir nicht vorschreiben lassen, in welcher Form ich meine Ausführungen machen soll.

Präsident: Herr Höcker, der Präsident hat zu bestimmen, ob er das Vorlesen gestatten will oder nicht.

Höcker: Also die Arbeitgeberzeitung schreibt:

„... Heute sind die Arbeitsgemeinschaften Träger des nationalen Gedankens im besten Sinne des Wortes, die entscheidend über die Lösung nationalwirtschaftlicher Aufgaben bestimmen. Sie allein sind imstande, dem Egoismus der Massen und dem Klassenkampfgedanken jede zeretzende Schärfe zu nehmen, die jeden wirtschaftlichen Wiederaufbau auf die Dauer unmöglich macht.

Die Verantwortung, die dadurch auf den Gewerkschaften ruht, ist eine sehr große. Sie haben die Aufgabe, den hinter ihnen stehenden Massen die Tragweite der höheren sittlichen und kulturellen Idee der Gemeinschaft gegenüber der Einseitigkeit des Klassenkampfes mit allen Mitteln in die Köpfe zu hämmern. Ohne einen allzu großen Optimismus bekunden zu wollen, kann doch gesagt werden, daß dieser soziale Gesundungsprozeß im Fortschreiten begriffen ist, daß die Erkenntnis der Führer in die Notwendigkeit der Arbeitsgemeinschaft allmählich Gemeingut breiter Arbeitnehmerkreise zu werden scheint.“

Wenn das deutsche Unternehmertum rücksichtslos und brutal genug ist, zur Erhaltung seiner Macht die Arbeiter ins Elend zu stoßen, dann ist es ausgeschlossen, daß dasselbe Unternehmertum mit den Arbeitnehmervertretern darüber beraten kann, wie die wirtschaftliche Existenz des deutschen Arbeiters gewährleistet wird. Darum erklären wir vor dieser Körperschaft, um den Arbeitern zu sagen, daß die Arbeitgeber die größten Feinde der Arbeiter sind, d. h. daß wir mit jenen Vertretern des Kapitalismus kein Bündnis eingehen können, welches darauf hinausläuft, den Arbeitgebern die Verdienste zu sichern. Durch den Krieg haben sich die Verhältnisse verschärft. In nächster Zeit muß sich daher die Frage entscheiden, ob weite Kreise der Arbeiter ins Elend hineingestoßen werden sollen und eine kleine Schicht auf Kosten der Arbeiter weiter prassen darf. Wenn aber diese Frage entschieden werden soll, dann ist es notwendig, daß die Arbeiterpar-

teilen eine einmütige Stellung einnehmen. Der allgemeine Gewerkschaftsbund ist eine Organisation, hinter der 9 Millionen gewerkschaftlich organisierte Arbeiter stehen. Er hat Forderungen aufgestellt, die das Elend der Arbeitenden vermindern helfen sollen. Wenn der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund gewillt ist, diese durchzuführen, dann wird es und muß es zu einer Auseinandersetzung, zu einem Kampf mit den Unternehmern kommen. Wir sind bereit, für diese Forderungen einzutreten, wir verlangen aber, daß sie nicht in den Altenshrank versenkt, sondern der Arbeiterschaft unterbreitet werden und die Frage entschieden wird: Wollt Ihr, daß die Forderungen erfüllt werden, dann nehmt den Kampf auf gegen das Unternehmertum. Die Ausführungen Dr. Geberts haben bewiesen, daß die Arbeiterschaft von den Unternehmern lernen kann. Diese Klarheit muß auch in den Reihen der Arbeiter Boden gewinnen, sie müssen erkennen, daß nicht die Arbeitsgemeinschaft, sondern der schärfste Kampf gegen die Unternehmer allein imstande ist, diese Frage zu klären. Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es war charakteristisch, daß keiner der Redner in dieser Frage über Bremen hinausgegangen ist. Die Feststellungen des internationalen Arbeitsamtes besagen, daß im März dieses Jahres in der Welt 32 Millionen Arbeitslose waren. In England, dem Siegerstaat, sind 4 bis 5 Millionen Arbeiter arbeitslos. Der klarste Beweis, daß der kapitalistische Produktionsprozeß auch in den Siegerstaaten so erschüttert ist, daß eine Wiederaufrichtung einfach unmöglich erscheint. Die Vorgänge in England müssen der Arbeiterschaft beweisen, daß die Revolutionierung der Arbeiter in England in rasendem Tempo fortschreitet. Das muß eine Lehre für die deutschen Arbeiter sein. Darauf werden wir hinarbeiten, auch wenn Herr Dr. Gebert dagegen protestiert. Herr Gebert hat erklärt, der Unternehmer habe das Recht, den Arbeiter auf die Straße zu setzen. Dieser Wiederaufbau ist eine Panzerotterklärung, und der Schwindel während der Wahl wird schnell zum Durchbruch kommen. Ich habe in der vorigen Sitzung erklärt, die Deutsche Volkspartei habe nicht das Recht, sich als Interessenvertretung der Arbeiter und Angestellten aufzuspielen.

Präsident: Sie schweifen vom Thema ab.

Höcker: Der Ausspruch des Herrn Dr. Gebert beweist, daß unsere Behauptung richtig ist. Wir sind nicht der Meinung, daß diese Körperschaft diese Interpellation so erledigt, wie es im Interesse der Arbeiter notwendig wäre. Dazu ist die unfähig. Die Arbeiter müssen dafür sorgen, daß die Reste des rückständigen Systems beseitigt werden. Sie müssen die Erreichung des planmäßigen Wirtschaftens anstreben. Aber die Arbeiterschaft wird Rechenschaft fordern für das, was Sie gesündigt haben. Wenn hier behauptet wird, die Arbeitslosigkeit sei nicht Sache der Bürgerschaft und

des Senats, dann weise ich auf die Folgen hin. Durch die Arbeitslosigkeit werden die Arbeiter dem Elend preisgegeben. Wenn sie keine Arbeit haben und ihre Familie nicht ernähren können, werden sie Verzweiflungsakte begehen, die auch wir verurteilen. Sie haben dann nicht das Recht, sich darüber zu entrüsten.

Präsident: Sie müssen zur Interpellation sprechen.

Höcker (fortfahrend): Der Senatskommissar hat erklärt, daß die Frage von den Verwaltungsinstanzen erledigt werden soll. Wenn die Arbeiter Verzweiflungsakte begehen, dann werden sie vom Senat zur Verantwortung gezogen. Hier erklären Sie, daß Sie nicht zuständig sind. Terrorakte sind einfach die Wirkung der Ursache, die Sie verschuldet haben.

Der Antrag Dogler wird angenommen.

### III. Interpellation wegen Selbstschutzorganisationen.

Senatskommissar Senator von Spredelsen.

Anlässlich der Vorgänge in Oberschlesien ist eine große Anzahl Angehöriger sogenannter Selbstschutzorganisationen nach Oberschlesien abgereist, um dort sich den Orgeßbänden anzuschließen.

In bürgerlichen Zeitungen, von geschlossenen Korporationen und einzelnen Personen wurde offen dazu aufgefordert.

Die Sammlung dieser Banden dient dazu, eine Schutzgarde für das deutsche Unternehmertum zu schaffen; um die durch die Annahme des Entente-Ultimatums erforderliche gesteigerte Ausbeutung des deutschen Proletariats zu sichern und um jede Erhebung der Arbeiterklasse gegen ihre vollkommene Verelendung mit Gewalt niederzuschlagen.

Was hat der Senat für Maßnahmen getroffen, um die Bildung solcher bewaffneter Formationen zu verhindern, die Möglichkeit der Fortsetzung auf illegalem Wege unmöglich zu machen und die an den Verbungen beteiligten Personen den Verurteilung zu übergeben.

Miller (R.): Ich will keinen Zweifel darüber lassen, daß wir nicht etwa der Meinung sind, daß durch diese Interpellation an den Verhältnissen tatsächlich etwas geändert werden wird. Wir sind nicht opportunistisch zu glauben, der Senat würde auf Grund einer Interpellation die Orgeß auflösen. Wir wissen, daß diese Fragen nur gelöst werden können durch die Tat der Arbeiter selbst. Wenn wir diese Interpellation eingebracht haben, so deshalb, um den Senat zu zwingen, vor der Öffentlichkeit Rede und Antwort zu stehen und den Arbeitern zu zeigen, daß von dem bürgerlichen

Parlament für sie nicht das geringste zu erwarten ist. Aus diesem Grunde haben wir zur Sache selbst auch keine Anträge gestellt. Als ich in der Sitzung der Bürgerschaft vom 18. März sagte, daß die oberschlesische Frage nicht entschieden werden wird durch die Volksabstimmung, sondern durch Gewalt, da haben Sie gelacht. Das ganze Haus geriet in Unruhe bis an unsere Grenzen heran und Sie alle zweifelten daran. Heute zeigt sich klar, daß die oberschlesische Frage nicht entschieden ist durch die Volksabstimmung, sondern daß sie entschieden wird, wie in der Geschichte der Völker alle Konflikte entschieden worden sind: durch Gewalt, und daß letzten Endes auch die Gewalt entscheiden wird zwischen den Gegensätzen der Klassen, d. h. zwischen den Arbeitern und deren Ausbeutern. Das tragische dabei ist, daß die herrschenden Klassen die gewaltsame Austragung ihrer Interessengegensätze nicht selbst ausfechten, daß sie nicht selbst auf die Schlachtfelder ziehen, sondern daß sie die von ihnen Unterdrückten und Ausgebeuteten auf die Schlachtfelder und in den Tod schicken. Vor der Abstimmung in Oberschlesien nahm die polnische Sozialdemokratie den Standpunkt ein, daß die oberschlesischen Arbeiter für Polen zu stimmen hätten. In ihrer Presse wirkten sie mit allen Mitteln darauf hin, ihre internationalen Brüder aber — die deutschen Sozialdemokraten — sagten: Ihr Arbeiter von Oberschlesien, wenn ihr für Polen stimmt, dann werdet ihr verhungern. Die polnische Mark gilt noch ein paar Pfennige, auf dem Weltmarkte gilt sie überhaupt nichts mehr! Und so haben die sozialdemokratischen Parteien die Grundlage geschaffen, die es heute der Bourgeoisie beider Länder ermöglicht, die Arbeiter der beiden Länder wiederum gegeneinander zu führen. Hier zeigt sich klar und deutlich, wie die Internationale Nr. 2 und 2½ beschaffen ist, daß sie nicht international, sondern national eingestellt ist. (S c h u r i g : Gott sei dank! — Professor Diez : Leider noch nicht genug!) Die Abstimmung in Oberschlesien ergab eine knappe Mehrheit für Deutschland, und die demokratische polnische Republik ist jetzt dabei, unter Führung des Herrn Korfanty die Demokratie ein klein wenig zu korrigieren, d. h. er ist in Oberschlesien eingerückt und hat den größten Teil von Oberschlesien besetzt. Er hat damit dasselbe getan, was Sie getan hätten, wenn die Abstimmung umgekehrt ausgefallen wäre. (Lachen und Widerspruch rechts.) Die gesamte kapitalistische Welt befindet sich in einer ungeheuren Krise. Die Ententestaaten versuchen aus ihrer Krise herauszukommen, indem sie Deutschland den Riemen um den Hals legen. Nach der Konferenz in London, als der Simons so tapfer nein sagte, schien es, als ob die deutsche Bourgeoisie wieder Luft schnappen könne. Aber, meine Damen und Herren, dieses Luftschnappen dauerte nicht lange, und die Probleme traten in ihrer ganzen Schauerlichkeit wieder an Sie heran. Die Entente bestand auf ihrem Schein, den die verdorrte Hand in Versailles unterschrieben

hatte (Weiterkeit) und sie präsentierte den Wechsel des Friedensvertrages in der Form der Pariser Forderungen. Zu den Forderungen erklärten alle, von den Deutschnationalen bis zu den Kommunisten, daß es unmöglich sei, diese zu erfüllen. Die Bourgeoisie sowohl als wie die Leiter der zweieinhalften und zweiten Internationale fanden keinen anderen Ausweg, als daß sie erst versuchten, durch Verhandlungen den Weltenschwindlern des Völkerbundes einige Konzessionen abzurufen. Sie glaubten dadurch den kapitalistischen Staat retten zu können. Ich erinnere bei dieser Gelegenheit an die Zeit des 5. Oktober 1918. Die Regierung des Prinzen Max von Baden, in der Erzelenz Scheidemann mitbeteiligt war einschließlich der Unabhängigen Sozialdemokraten, klammerte sich an die 14 Punkte Wilsons. Die Situation war vor kurzem dieselbe. Die Regierung Fehrenbach-Simons wandte sich an Präsident Harding in Amerika und flehte um Vermittlung. Sie war bereit, alles zu schlucken und rief: „Vater in Deine Hände empfehle ich meinen Geist!“ Genau so wie der sterbende Christus am Kreuz. Umsonst! Sie sehen also, es gibt für sie kein Entrinnen. Andererseits aber ist es unmöglich, die Forderungen zu erfüllen. Trotzdem wurde unterschrieben. Auf welche Weise diese Forderungen nun erfüllt werden sollen, spricht der „Vorwärts“ in dem Leitartikel seiner vorgestrigen Nummer klar und deutlich aus, indem er schreibt:

„Und so bleibt uns als letztes Mittel in der Tat nichts anderes übrig, als eine scharfe Erhöhung der indirekten Steuern auch auf den bescheidensten Massen-„Luxus“ und als allerletztes auf unseren lebensnotwendigen Massenbedarf selbst.“

Das also ist die Wirkung der Unterschrift unter die Forderungen der Entente. Die Bourgeoisie kann sich heute mit Recht berufen auf die sogenannten Vertreter der Arbeiterschaft, wenn sie alle die Maßnahmen, die bei Besprechung der ersten Interpellation von meinem Freund Höcker vorgebracht wurden, jetzt an der Arbeiterklasse vollziehen. Mit Recht werden sie den Arbeitern sagen: Nicht wir haben die Forderungen unterschrieben, sondern eure Vertreter, die habt ihr verantwortlich zu machen. Meine Damen und Herren! Zwei Jahre des gemeinschaftlichen Wiederaufbaues liegen hinter Ihnen. Zwei Jahre haben Sie sich bemüht, die Wirtschaft wieder in Gang zu bringen. Der Erfolg ist geradezu vernichtend. Das Kreuz des Kapitalismus steht erhöht! Und wenn die Sozialdemokraten sich noch so sehr bemühen, ihren Freund zu retten, so sage ich Ihnen: Sie werden die Rinnen von Syrakus nicht sehen! (Weiterkeit. — Professor Diez : Klässische Bildung!) Herr Korfanty hat sich also um die Demokratie soviel wie der Teufel geschert, er hat ihr einen gehörigen Knacks gegeben. Und nun kommen die Herren Ludendorff und Escherich und sorgen dafür, daß die Demokratie wieder zu ihrem Recht kommt. Sie sammeln und formieren die Orgele und zwar nicht

in erster Linie um Oberschlesien zu retten, sondern vor allem zu dem Zweck, aus der Arbeiterschaft die Leistungen herauszupressen, die sich aus den Forderungen der Entente ergeben. Die Freie und Hansestadt Bremen ist ein ganz besonderer Stützpunkt der deutschen Orgeschleute. (Kellner: Omeisan!) Hier werden Pläne geschmiedet, die, wenn sie von Seiten der Kommunisten in umgekehrter Richtung versucht würden, die Kommunisten auf Jahre ins Zuchthaus bringen würden. Ich frage den Herrn Senatskommissar von Spreckelsen, ob ihm die Dinge bekannt sind, die in Bremen täglich vor sich gehen, und ich frage weiter, was hat der Senat bis jetzt in dieser Beziehung getan? Die bürgerlichen Zeitungen haben bei Beginn des ober-schlesischen Nimmels offen aufgefodert, sich bewaffnet nach Oberschlesien zu begeben. Die Vereinigten Verbände Heimattreuer Oberschlesier haben Rundschreiben an ihre Mitglieder versandt, sich unverzüglich nach Oberschlesien anwerben zu lassen. Im Arbeitsnachweis wurden Plakate ausgehängt, die die Arbeitslosen aufforderten, sich den Orgeschbanden anzuschließen. An die Angestellten größerer Betriebe, besonders an Bankangestellte, wurden mündlich dieselben Aufforderungen gerichtet. Nach unserer eigenen Ueberzeugung gehen von Bremen alle zwei Tage Transporte nach Oberschlesien ab. Der letzte Transport ging gestern in einer Stärke von 13 Mann ab. (Professor Dieb: Die wollten wohl auf die Schneefloppy?) Ist dem Senat ferner bekannt, daß die Stadtwehr, die hier bekanntlich aufgelöst wurde, und wozu wir bei der damaligen Beratung schon sagten, daß sie nur der Form nach aufgelöst werden wird, in Wirklichkeit noch besteht? Daß sie allmonatlich Sitzungen abhält und zwar zuletzt am 29. April und am 27. Mai? Es heißt in den Einladungen z. B.: Block 6 versammelt sich im Restaurant „Hohenzollern“, ein anderer Block hinter der Schütting usw. Die Herrschaften der Stadtwehr üben sich bei Fischerhude als Förster. Jetzt stellt sich heraus, wozu die bremische Industrie die Mittel zur Anschaffung von Jagdflinten bewilligt hat, und ich frage den Jagdflinten-Senat, ob er irgend etwas gegen diese Treibereien unternommen hat oder unternehmen will. In Bremerhaven besteht ein Bürgerausschuß, in dessen Bureau auch jetzt noch dauernd Leute für Oberschlesien angeworben werden, die in Bremen dem Transport angeschlossen werden. Wie sich das mit der Verordnung Seiner Majestät Ebert (Lachen und Zurufe) verträgt, überlasse ich Ihnen zu beurteilen. Ich klammere mich nicht an die Verordnung, weil ich weiß, daß Sie auf das Gesetz pfeifen. Das beweisen Sie in Bremen jeden Tag. In der Nacht vom 13. zum 14. sind auf der Landstraße von Bremen nach Huchting 1 Wagen mit Maschinengewehren, mit Minenwerfern und Munition passiert. Ich frage den Senat, wozu sie bestimmt waren und wo sie geblieben sind. In der Nacht vom 19. zum 20. lagerten auf der Bahnstrecke Bremerhaven—Burgdamm 4 E.K. Geschütze. Am anderen Tage waren

die Geschütze verschwunden. Ich frage den Senat, wo diese Geschütze geblieben sind. Ist dem Senat ferner bekannt, daß zwischen Berlin und Amsterdam eine Internationale Orgesch-Verbindung besteht, die in Bremen ihre Vermittlungen hat? Die Uebergangspunkte über die Grenze befinden sich bei Wesel und Bentheim, die Kuriere fahren auf Militärsahrschein von Berlin über Bremen nach den letztgenannten Orten. Die bremische grüne Polizei — der Herr Senatskommissar schüttelt dauernd mit dem Kopf, er weiß von allem nichts, er ist so unschuldig, wenn es sich um die Orgesch handelt, kein Engel ist so rein wie dieses Kind (Heiterkeit) — die Bremische grüne Polizei erläßt in der Provinzpresse Anzeigen, wonach sie Mannschaften für die Polizei sucht. So lesen wir z. B.:

Die grüne Polizei Bremen stellt noch unverheiratete Leute zwischen 20 und 25 Jahren als Hilfs- und Unterwachtmeister ein, Mindestgröße 1,65 m, Meldungen (selbstgeschriebenes Gesuch, Lebenslauf, Zeugnisse und Militärpapiere) sind zu richten an Polizeidirektion, Kommando der Abteilung 6, Bremen, Domshof 20.

Dies erscheint als eine ganz legale Sache, die Polizei muß vermehrt werden, und so wendet man sich an die Söhne der Bauern, weil man glaubt, daß diese dumm genug sein werden, im gegebenen Fall auf Arbeiter zu schießen. Nun, meine Damen und Herren, der Herr Senator wird sagen, mir ist von alledem nichts bekannt, und soweit es sich um die Orgesch handelt, gehen mich die Dinge nichts an. Er wird vielleicht mit der Verlesung eines Schreibens genau wie Herr Senator Apelt die vorige Interpellation, auch diese erledigen. Ganz anders weiß der Senat zu handeln, wenn es gilt, gegen die Kommunisten vorzugehen. Ursache dazu ist schon vorhanden, wenn von den Arbeitern irgend ein Flugblatt verteilt wird. So wird jetzt 5 unserer Genossen der Prozeß wegen Verstoskes gegen § 130 gemacht. Und nun frage ich Sie, Herr Senator, schicken Sie Ihre Spürhunde auch so hinter der Orgesch her und finden diese Leute absolut nichts? Schnüffeln Sie nur hinter Kommunisten her, wenn irgendwo ein Flugblatt verbreitet oder ein Plakat angeklebt wird? (Präsident: Ich möchte Sie bitten, über die Interpellation zu sprechen.) Das steht im engsten Zusammenhang damit, und Sie müssen mir schon gestatten, daß ich diese Zusammenhänge aufdecke. Wenn der Senat einerseits nicht das Geringste tut, um den Orgeschbanditen das Handwerk zu legen, so ist es unser Recht, das zu kritisieren und unsere Pflicht, Arbeiter darauf aufmerksam zu machen, damit alle die, die am 9. Januar mit „Nein“ gestimmt haben, wissen, wohin der Kurs des Jagdflinten-Senats geht. Was bedeutet das Zusammenziehen der ganzen Orgeschbanden? Doch nichts anderes, als die Sicherung zu schaffen, die Arbeiterklasse in das Joch zu zwingen. Die Unternehmer gehen wirtschaftlich vor, im ganzen Deutschen Reich werden die Arbeiter planmäßig auf die Straße gesetzt, um sie kirre zu machen. In der ganzen Sache liegt System.

Das ist das System ihres gemeinsamen „Wiederaufbaues“. Wenn dann die Arbeitslosen vom Hunger geplagt zu Revoluten greifen, dann brauchen Sie eine stark bewaffnete Macht, um die Arbeiter niederzuschlagen. Die Vorgänge in Oberschlesien benutzen Sie dazu, um diese Macht zu sammeln. Wenn die Arbeiter fürre genug sind, durch Hunger und Entbehrungen niedergeschlagen, dann werden sie hineingezwängt in die Betriebe, und es wird aus ihnen herausgequetscht werden, was nur durch die Unterschrift der verdorrten Hand übernommen worden ist. Es erwartet sie also nichts als Elend, Not und Tod. Aber die Arbeiterklasse wird nicht stillhalten, und das ist es, was ich über die Mauern dieses Hauses hinaus allen Arbeitern und Unterdrückten zurufe: Ihr dürft nicht warten, bis ihr vollkommen niedergeschlagen seid, bis die Konterrevolution euch mit ihren Orgeßbanden im Nacken sitzt, bis ihr vor Hunger und Elend nicht mehr kriechen könnt, sondern ihr habt jetzt etwas zu tun d. h. ihr habt den Kampf zu führen gegen eure Unterdrücker, gemeinsam mit den Arbeitern der übrigen Länder. Und wenn Sie (zu den Sozialdemokraten) den Arbeitern Oberschlesiens sagen, tretet für Deutschland ein, dann sagen wir den Arbeitern: die polnischen Arbeiter sind nicht eure Feinde. Verbindet euch mit ihnen und schlägt die Bourgeoisie beider Länder! Das ist die Aufgabe der arbeitenden Klasse. (Kellner: Kaltwasserheilstalt. — Höcker: Sie gehören ins Bucht-haus! — Kellner: Das sagt einer, der es kennt! — Präsident: Herr Kellner, Sie haben diesen Ausdruck direkt provoziert, ich kann Sie nicht schützen! — Kellner: Ich will gar nicht geschützt werden. — Präsident: Ich möchte aber doch bitten, diese Ausdrücke zu unterlassen.) Ob wir richtig vorausgesehen haben, beweist das Folgende: Als im November 1918 der Zusammenbruch kam, haben Sie das Lied angestimmt: Arbeit, und nur Arbeit kann uns retten. Die ganze bürgerliche Klasse mit Einschluß bis zu den Unabhängigen sagten: wenn ihr euch mit dem Osten verbindet, dann seid ihr verloren! und sie klammerten sich an die 14 Punkte Wilsons. Wir Kommunisten sagten damals, daß nur die Verbindung mit dem Osten der deutschen Arbeiterklasse Rettung bringen kann. Zwei Jahre haben Sie Ihr Schwungrad des Wiederaufbaues im Gange gehabt, und heute sind Sie genötigt, den Arbeitern zu sagen, daß, was Sie unterschrieben haben, für die Arbeiter Sklaverei auf Hunderte von Jahren bedeutet. Daß es für Sie bedeutet Verlängerung der Arbeitszeit, erhöhte Ausbeutung, Elend, Not und Tod. Und so sehen Sie, daß sich erfüllt, was wir Kommunisten vorausgesehen haben: Im Westen erwartet die arbeitende Klasse der Tod. Im Osten das Leben. Heute beginnen die kapitalistischen Staaten einen wahren Wettlauf, um mit dem Osten in Verbindung zu kommen, weil sie ohne die wirtschaftliche Kraft Rußlands nicht existieren können, die Sowjetmacht auch nicht bezwingen können. Und nun frage ich Sie: wer gehört in die Kaltwasserheilstalt? Das war das große Verhängnis der falschen Einstellung der Sozialdemokraten, daß Sie glaubten, durch die Weltenschwindler des Völkerbundes die Arbeiterklasse retten zu

können. Noch eins: Sie lesen in der letzten Zeit in der bürgerlichen Presse über große Unruhen in Sowjetrußland. Das ist das Zeichen, daß der Zeiger in Deutschland auf  $\frac{3}{4}$  12 steht. Regelmäßig, wenn die Lage kritisch wird, bringen Sie diese Schwindelnachrichten. (Präsident: Herr Miller, ich möchte Sie bitten, zu Ihrer Interpellation zu sprechen und nicht über Sowjetrußland.) Herr Präsident, es mag Ihnen unangenehm sein, ich kann aber nicht umhin, auf diese Zusammenhänge zu verweisen. Sie können unmöglich verlangen, daß ich mich streng an den Text der Interpellation halte. In der deutschen Presse wird wiederum wie 1914 der größte Spektakel gemacht, daß die Polen die schlimmsten Greuelthaten begehen. Umgekehrt wird in der polnischen Presse geschildert, was für Greuelthaten von den deutschen Orgeßbanden verübt werden. Der Zweck ist, die nationalen Leidenschaften aufzuweitschen. Nun, meine Damen und Herren, die Deutschen haben den Beweis in Belgien erbracht, daß sie vor Greuelthaten nicht zurückschrecken, und haben sich den Haß und die Verachtung der ganzen Welt zugezogen. In Oberschlesien wird jetzt nicht anders gehaßt. Für die Arbeiter gibt es nur eins: sie müssen sich verbinden mit den Arbeitern Polens und den Kampf beginnen, um die deutsche und polnische Bourgeoisie niederzuschlagen. Wir täuschen uns nicht über die Zustände in Oberschlesien. Wir wissen, daß heute noch sehr viel nationaler Boden vorhanden ist. (Zuruf rechts: Gottseidank!) Wir wissen aber auch, wohin die Entwicklung geht, und wenn Sie das Hamburger Fremdenblatt von vorgestern lesen, so werden Sie finden, daß darin von einwandfreier Seite berichtet wird, daß sich unter den polnischen Banden die Demoralisation und die Bolschewisierung in ungeheurem Maße verbreitet. (Zuruf Kellners.) Wir wissen, was das bedeutet, und werden die Fortsetzung der Bolschewisierung als eine unserer wichtigsten Aufgaben betrachten. Wir werden den Arbeitern klarmachen, daß es für sie gleich schlimm ist, ob sie von deutschen oder polnischen Ausbeutern unterdrückt werden, und daß es ihre heiligste Aufgabe ist, beide niederzuschlagen. Wir haben diese Interpellation nicht eingereicht, weil wir etwa hoffen, daß der Jagdflintensenat irgendwie gegen die Orgeßbanden vorgehen wird. Er wird das Treiben dieser Leute nicht nur dulden, sondern er wird es fördern und seine Hände dazu hergeben, daß möglichst viele Orgeßbanden in Oberschlesien zusammengezogen werden. Unsere Aufgabe ist es, der arbeitenden Bevölkerung zu sagen, daß, wenn sie nicht untergehen will, sie selbst Hand anlegen muß, sie selbst zur Tat schreiten muß, diesen Senat und die bürgerliche Regierung stürzen und die Macht der arbeitenden Klasse erobern muß. (Beifall bei den Kommunisten.)

Senator von Sprechelsen: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Auf die sehr langen Ausführungen des Herrn Miller will ich nicht in vollem Umfang eingehen, da sie nach meiner Auffassung nicht sämtlich zum Gegenstand gehören. Zur Interpellation selbst habe ich folgendes zu erklären: Als der Korfanty-Aufstand in

Oberschlesien ausbrach und als die Kunde in die deutschen Lande gelangte, was an Raub, Mord und Plünderung in dem deutschen Oberschlesien von seiten der polnischen Insurgenten geschah, da ging durch alle deutschen Lande der Ruf, diesen unseren bedrängten Brüdern in Oberschlesien Hilfe zu bringen, und dieser Ruf fand Gottseidank in allen Kreisen der Bevölkerung, auch in den Arbeiterkreisen vollen und freudigen Anklang. Was hier in Bremen in bezug auf die Werbung für Oberschlesien erfolgt ist, das ist erfolgt, nachdem sich herausgestellt hatte, daß die interalliierte Kommission in Oberschlesien nicht in der Lage war, den politischen Aufstand niederzuwerfen und nachdem sich herausgestellt hatte, daß insbesondere die Abstimmungs-polizei nicht ausreichte, genügenden Schutz der Bevölkerung zu gewähren. Damals haben die Vereinigten Verbände heimattreuer Oberschlesier in Breslau sich mit den Ententestellen in Verbindung gesetzt und Rats darüber gepflogen, ob es nicht möglich sei, die Abstimmungs-polizei zu verstärken. Im Einvernehmen mit der damaligen Auffassung der Entente hat sodann die Zentralstelle der Vereinigten Verbände heimattreuer Oberschlesier in Breslau an die einzelnen Landesgruppen ein Rundschreiben mit der Aufforderung gerichtet, möglichst dafür Sorge zu tragen, daß sich Leute melden zur Auffüllung der Abstimmungs-polizei. Diesem Auftrag gemäß hat die hiesige Landesgruppe die Aufrufe in den Zeitungen erlassen und auf Grund dieser Aufrufe ist dem Bureau dieses Verbandes eine Liste von denjenigen Personen, die bereit waren, nach Oberschlesien abzufahren, eingereicht worden. Diese Liste ist nach Breslau an die Zentralstelle geleitet worden und von da nach Oppeln weitergegeben worden. Es sollte von Breslau bzw. von der interalliierten Kommission bestimmt werden, welche Kräfte in die Abstimmungs-polizei sie einzustellen wünsche. Daneben sind Werbungen erfolgt in dem Sinne, daß Personen sich bereit erklärten, in die bedrohten Gebiete oder an die Grenze sich zu begeben, um dort abzuwarten, was von seiten der Behörden geschehe, um die Unterdrückung des Deutschtums zu verhindern. Wenn nun die Interpellation behauptet, daß die Sammlung dieser „Banden“ erfolgt sei, um eine Schutzgarde für das deutsche Untermertum zu schaffen, um die durch die Annahme des Entente-Ultimatums erforderliche gesteigerte Ausbeutung des deutschen Proletariats zu sichern, und um jede Erhebung der Arbeiterklasse gegen ihre vollkommene Verelendung mit Gewalt niederzuschlagen, so stellt diese Behauptung der Interpellation die Tatsachen geradezu auf den Kopf. (Sehr richtig rechts.) Nichts von alledem ist richtig. Was hier in Bremen geschah, geschah zum Schutze des bedrohten Deutschtums in Oberschlesien und es mutet mich seltsam an, daß ein Mitglied der Bürgerschaft den Mut hat, solche Behauptungen aufzustellen. (Miller: Es gehört Mut dazu, das Gegenteil zu behaupten.) Vor mir liegt das Rundschreiben der Zentralstelle Breslau der Vereinigten Verbände heimattreuer Oberschlesier. In diesem Rundschreiben heißt es:

„Wir weisen darauf hin, daß die in Oberschlesien entstandene Bewegung aus der Not der Deutschen aller

Parteien und Gesellschaftsklassen geboren ist, und keinerlei andere Ziele und Zwecke verfolgt, als mit der interalliierten Kommission, Engländern, Italienern und Franzosen, dem Deutschtum in Oberschlesien zu seinem Rechte zu verhelfen, und den von polnischer Seite entfesselten Aufstand zu unterdrücken, um den auf Grund des Abstimmungsergebnisses zu fallenden Entscheid der Entente durchzuführen zu können.“

Das war der Zweck des Unternehmens und in diesem Sinne sind die Werbungen erfolgt. Und nun die Stellung des Senats und die der Polizeidirektion zu diesen Werbungen. Dieser Aufruf und die Werbungen verstießen in keiner Weise gegen die Strafgesetze, die Landesgesetze oder gegen das Gesetz vom 22. März 1921. Als dann auf Grund der Vorstellungen der Entente die Reichsregierung sich veranlaßt sah, ein allgemeines Werbungs-Verbot zu erlassen um als dann die Verordnung des Reichspräsidenten vom 24. Mai erschien, in der die Sammlung militärischer Verbände unter Strafe verboten wurde, sind in Bremen keinerlei Werbungen mehr in dieser Richtung erfolgt. (Starker: Wie ist mir denn!) Andere Behauptungen sind unrichtig. Herr Miller hat davon gesprochen, daß alle zwei Tage Transporte von Bremen nach Oberschlesien abgingen, und das auch in den letzten Tagen. Eine Anzeige des Herrn Starker ging dahin, daß am 31. Mai ebenfalls ein Transport abgehen solle. Es wurden eingehende Ermittlungen angestellt. Insbesondere wurde der Quelle nachgeforscht, auf die sich Herr Starker berufen hatte. Es hat sich herausgestellt, daß es sich um ein leeres Gerücht handelte, daß insbesondere am 31. Mai keinerlei Transport abging. Sämtliche Züge sind am 31. Mai von der Polizeidirektion überwacht worden. Es ist festgestellt worden, daß ein solcher Transport nicht erfolgt ist. Herr Miller hat auch von Verschiebungen von Geschützen gesprochen. Es ist richtig, daß im Monat Mai Formationen der Reichswehr innerhalb des Reiches verschoben worden sind. Diese Transporte unterstehen aber nicht der Verfügungsgewalt der Polizeidirektion Bremen, sondern sind Sache des Reiches, und wenn Sie daran etwas Bedenkliches finden, dann müssen Sie sich an das Reich wenden. Ich weiß ferner nicht, was es mit der Interpellation zu tun hat, wenn Herr Miller in diesem Zusammenhang von der grünen Polizei spricht, und anführt, daß Werbungen für die grüne Polizei erfolgt sind. Das hat mit der Interpellation nichts zu tun. Es ist aber richtig, daß, um die grüne Polizei aufzufüllen, Werbungen erfolgt sind. (Miller: Wir kennen Ihre Ausreden.) Bei dieser Sachlage brauche ich weitere Ausführungen nicht zu machen. Senat und Polizeidirektion sind fest entschlossen, wenn gesetzwidrige Handlungen vorkommen, diese mit allen gesetzlichen Mitteln zu bekämpfen. Es ist von der Orgelei gesprochen worden. Ich weise darauf hin, daß die Organisation Escherich eine erlaubte Organisation sowohl nach Satzungen wie nach freier Betätigung ist und wenn Herr Miller darauf hinweist, daß die Behandlung der Orgelei im Gegensatz stehe zu der Behandlung von Mitgliedern der kommunistischen Partei,

so muß ich darauf hinweisen, daß die Organisation Eicherich gemäß ihren Satzungen auf verfassungsmäßigem Boden steht, während weite Kreise der Kommunisten darauf hinarbeiten, die Verfassung zu stürzen. Gegen diese Absichten wird der Senat einschreiten.

#### Zur Geschäftsordnung

Professor Dr. Diez (D. B.): Meine Freunde lehnen es ab, in eine Besprechung dieser Angelegenheit einzutreten.

Präsident: Darüber können wir abstimmen.

Prof. Dr. Diez: Wir sind der Ansicht, daß diese Sache vor den Reichstag gehört und nicht vor das Bremer Parlament. Ich möchte an den Herrn Präsidenten die Bitte richten, ob in Zukunft diese Interpellationen, die nur zu Agitationszwecken eingebracht werden, nicht an das Ende der Tagesordnung gestellt werden können.

Miller (K.): Die Ausführungen des Herrn Dr. Diez sind eine Beeinflussung der Bürgerschaft für die Abstimmung der Interpellation. Ich glaube gern, daß Ihnen diese Dinge unangenehm sind. Wenn Sie aber sagen, daß diese Dinge nicht vor die Bremische Bürgerschaft gehören, dann lassen Sie sich sagen, daß Bremen ein Herd der Konterrevolution ist. Wir als Arbeitervertreter haben die Pflicht, diese Dinge vor aller Öffentlichkeit zur Sprache zu bringen. Ich bitte, die Besprechung der Interpellation zu belieben.

Die Besprechung der Interpellation wird mit 55 gegen 42 Stimmen abgelehnt.

(Banasiwicz (K.): Das sind alles Orgegsmitglieder.)

Miller (K.): Ich möchte noch einige Fragen an den Senatskommissar richten.

Präsident: Das geht nicht, die Verhandlung ist geschlossen.

Miller: Es muß doch dem Interpellanten gestattet sein, noch einige Fragen an den Senatskommissar richten zu können, wenn die Behandlung der Interpellation abgelehnt ist.

Präsident: Ich kann das nicht zugeben.

Präsident: Meine Damen und Herren! Zur gefälligen Orientierung: die Herren von der Presse teilen mir mit, daß sie mit Rücksicht auf die Temperatur im Saale um 8 Uhr die Berichterstattung einstellen werden. (Große Heiterkeit.)

Herr Professor Dr. Diez teilt mit: In die Deputation für das Arbeitsamt tritt an Stelle von Herrn Ulrich Herr Meinert ein.

Herr Schurig teilt mit: Aus der Beamtenkommission scheidet aus Herr Dr. Bollinger und tritt ein Herr Drost, aus der Verfassungsdeputation scheidet aus Herr Wenhold und tritt ein Herr Dr. Bollinger, aus der Finanzdeputation scheidet aus Herr Wenhold und tritt ein Herr Drost.

Folgender Antrag Meinert ist eingegangen:

Die Bürgerschaft ersucht den Senat, die Polizeidirektion mit einem Bericht darüber zu beauftragen, wie ohne Schädigung des Allgemeininteresses eine auch den Interessen des Altmöbelhandels Rechnung tragende Regelung des Versteigerungswesens zu ermöglichen ist.

Er ist genügend unterstützt und kommt auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung.

Folgender Antrag Garves ist eingegangen:

Die Bürgerschaft ersucht den Senat, die maßgebende Behörde mit einem Bericht darüber zu beauftragen, ob es sich empfiehlt, den Neustadtgraben, die sogenannte Pipe, zuzuschütten.

Er ist genügend unterstützt und kommt auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung.

Herr Dopler stellt folgende kleine Anfrage:

Ist dem Senat bekannt, warum der schriftliche, in Buchform herausgegebene Bericht der Bremer Gewerbeinspektion vom Jahre 1920 nicht in Bremen, sondern in Berlin gedruckt worden ist?

Ist der Senat gewillt, zu veranlassen, die diesjährige Drucklegung des Berichts Bremer Druckereien in Auftrag zu geben?

Schriftliche Mitteilung genügt.

Folgender Antrag Dopler ist eingegangen:

Die Bürgerschaft ersucht den Senat, beim Reichsverkehrsministerium dahin zu wirken, daß für reisende Mütter mit Säuglingen und Kindern im Alter bis zu vier Jahren eigene „Mütterabteile“ errichtet werden.

Er ist genügend unterstützt und kommt auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung.

Meine Damen und Herren! Ich möchte nun die öffentliche Sitzung vorläufig vertagen und bitte die Vertreter der Presse, auf voraussichtlich nur kurze Zeit den Saal zu verlassen.

Miller (K.): Bitte zur Geschäftsordnung — — —

Präsident: Nachher, nach Eröffnung der vertraulichen Sitzung.

Miller (K.): Die Sitzung ist doch noch nicht geschlossen.

Präsident: Doch, die Pressevertreter verlassen ja schon den Saal.

Schluß der öffentlichen Sitzung 7 Uhr 3 Minuten.

Es findet eine vertrauliche Sitzung statt.

Wiedereröffnung\* der öffentlichen Sitzung 7 Uhr 15 Minuten.

Präsident: Die öffentliche Sitzung ist wieder eröffnet. Wir treten nunmehr in die Tagesordnung ein.

#### Bericht der Kommission wegen persönlicher Zulage für den Staatsbaurat Knop.

Präsident: Das Schreiben des Herrn Oberbaurats Knop an Herrn Senator Thalenhorst ist bereits in Abschrift den Fraktionen zugegangen. Wünschen Sie trotzdem, daß ich es verlese. (Zurufe: Nein!) Ich eröffne die Besprechung.

Dr. Buff (D. N.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es handelt sich, wie der Bürgerchaft bekannt ist, um die Mitteilung des Senats vom 15. April dieses Jahres, in der uns ein Bericht der Baudeputation vom 7. März dieses Jahres übersandt wurde, und in diesem Bericht wurde aus den Gründen, die ich weiter nicht auseinanderzusetzen brauche, beantragt, die Stellung des Baurats Knop zu verbessern. Nach langen Verhandlungen haben wir beschlossen, diese Sache einer Kommission von sieben Mitgliedern zu übertragen, und namens der Kommission erlaube ich mir, Herr Präsident, den Bericht, der kurz das zusammenfaßt, worauf sich die Kommission geeinigt hat in dieser Sache, vorzutragen, und zwar den Wortlaut des Berichts.

Meine Damen und Herren! Ich habe für mich und für meine Fraktion zu diesen Feststellungen der Kommission zunächst keine Ausführungen zu machen und behalte mir das für den weiteren Gang der Verhandlungen vor. Ich möchte aber zwei Punkte bei dieser Gelegenheit doch noch ganz kurz zur Sprache bringen. Herr Präsident! Sie hatten vor acht Tagen, glaube ich, hier schon mitgeteilt, daß in dieser Sache die Vertraulichkeit durch die

unabhängige sozialdemokratische Partei gebrochen sei. In einem Artikel der „Arbeiter-Zeitung“ hierüber war auch bemerkt, daß bei solchen Vorlagen, wie sie den Staatsbaurat Knop betreffen, meist nur obere Beamte bevorzugt würden. Nach Feststellungen aus den Jahren 1911 bis 1920 sind 100 vertrauliche Verhandlungen in diesen neun Jahren erfolgt, und die große Zahl kam daher, weil nach früheren bremischen Vorschriften über alle möglichen Sachen Vertraulichkeit vorgeschrieben war. Von diesen hundert vertraulichen Sitzungen waren 20 Sitzungen auf Beamtenfragen entfallen, von denen sich etwa die Hälfte auf höhere Beamte bezog. Darunter waren nur 5 Fälle, die dem Fall Knop in einiger Beziehung gleich kamen. Es ist also nicht richtig, wenn in der „Arbeiter-Zeitung“ behauptet wird, daß die höheren Beamten bei solchen vertraulichen Sitzungen vom Senat schon früher bevorzugt waren. Das ist das Eine, Herr Präsident! Das Andere ist aber das Folgende, daß ich auch im Namen meiner Fraktion die größte Mißbilligung darüber aussprechen muß, daß die bisher bewahrte Vertraulichkeit durch den Artikel in der „Arbeiter-Zeitung“ gebrochen ist. Die bremische Verfassung und die Geschäftsordnung der Bürgerchaft, was Sie, Herr Präsident, schon vor acht Tagen hervorhoben, bestimmt und fordert unter gewissen Voraussetzungen vertrauliche Verhandlungen. Wenn ein Mitglied dieses Hauses diese Vertraulichkeit durchbricht, so vergeht es sich nach meiner Auffassung in der allerhöchsten Weise gegen den Anstand und gegen die Pflicht, die ihm als Mitglied dieses Hauses obliegt.

Dr. Künzler (U. S.): Ich habe zunächst als Mitglied der Kommission von dem Vorbehalt Gebrauch zu machen, der in der schriftlichen Fixierung, die Herr Dr. Buff verlesen hat, am Schlusse enthalten ist, worin bemerkt ist, daß, während im übrigen die Kommission zu den schriftlich fixierten Feststellungen und Schlüssen einstimmig und mit der Gesamtheit ihrer Mitglieder gelangt sei, sie doch diesen Mitgliedern vorbehalte, den stattgefundenen Verhandlungen weitere Feststellungen zu entnehmen und der Bürgerchaft mündlich mitzuteilen. Herr Präsident! Ich darf über das Motiv dieses Passus sagen, daß es uns darauf ankam, und auch denjenigen Mitgliedern der Kommission darauf ankam, die diese Verhandlungen in einem andern Licht gesehen haben, daß über das, worüber die Mitglieder der Kommission sich einig waren, auch diese Einmütigkeit zum Ausdruck gelange, und die Kommission nicht deswegen, weil wir in der einen oder anderen Frage von einander abwichen, nun in einen Minderheits- und Mehrheitsbericht auseinandergehen. Weil nun aber gerade über solche Verhältnisse, und zwar aus der Scheu, die man dabei hat, Dinge mit dem richtigen Namen zu nennen, weil eben mit Rücksicht auf diese Scheu nicht zu erwarten war, daß wir uns insbesondere in der Formulierung von Anträgen einigen würden, haben wir diesen Weg gewählt, und ich glaube, es ist der richtige Weg. Denn wenn nun auch jetzt in der Auseinandersetzung vielleicht bei anderen Mitgliedern

der Kommission eine Meinungsverschiedenheit hervortreten wird, bin ich der Meinung, daß diese Einmütigkeit, die die Kommission getragen hat, schon genügt. Ich will nunmehr, Herr Präsident, mich an Wortlaut und Reihenfolge dieser Aufzeichnung halten. Es ist unter Ziffer 1 in dem 1., 2., 3., 4., 5. Absatz gesagt:

Den Fraktionen wurde als Ergebnis der Dresdener Besprechungen folgendes mitgeteilt: „Die Verhandlungen haben sich, wie mir Herr Knop am Sonntag, den 10. d. Mts., mitteilen ließ, zu folgendem festen Angebot verdichtet: Herr Knop wird vortragender Rat im Ministerium für das ganze Landeswohnungsweesen und erhält sofort das Endgehalt der Gruppe 13 22000 M. Grundgehalt, d. h. dasselbe Gehalt, das die Baudeputation für ihn in Vorschlag gebracht hatte. Die Regierung des betreffenden Bundesstaates wird das Angebot in etwa 8 Tagen schriftlich bestätigen. Sodann hat Herr Knop sich noch eine stägige Bedenkzeit ausgedenkt. Danach würden die Verhandlungen also etwa am 23. d. Mts. zum Abschluß kommen.“

Wenn diese Feststellungen zutreffen, und dagegen wäre ja der Herr Senatskommissar in der Lage, Einwendungen zu erheben, die Kommission war, wie gesagt, einmütig der Meinung, daß diese Feststellungen zutreffend waren, wäre allein das Verhalten dieser eigentümlichen Mitteilung, die die Fraktionsvorsitzenden, und zwar in verschiedener Gestalt, die einen mündlich und der andere, der ich bin, schriftlich erhalten haben — Herr Senator Thalenhorst hat erklärt, daß ich der einzige gewesen sei, der persönlich nicht zu erreichen gewesen ist — also ich meine, diese schriftliche Mitteilung ist danach ergangen gleichzeitig mit dem Abgang der Mitteilung des Senats, und andererseits ist die Mitteilung des Senats abgegangen, nachdem Herr Senator Thalenhorst bereits nach der Rückkehr des Herrn Oberbaurats Knop von Dresden sämtliche weiteren Unterlagen erhalten hatte. Ich mache aber nun darauf aufmerksam, daß dieses Schreiben, das Herr Senator Thalenhorst an mich als Vorsitzenden der unabhängigen sozialdemokratischen Fraktion richtete, zweifellos zum Gegenstand hatte, ein weiteres Stadium der Verhandlungen gegenüber dem, was in der Mitteilung des Senats gesagt war, zur Kenntnis der Fraktion zu bringen. Wir haben ja auf den Umstand Gewicht gelegt, daß es sich nach der Mitteilung des Senates und dem Bericht der Baudeputation lediglich um eine „Anfrage“ handelt. Nun kam aber diese Mitteilung des Herrn Senator Thalenhorst an die Fraktionen, in der, das muß ich hervorheben, der für die ganze Angelegenheit und die Entschliebung der Bürgerschaft allein entscheidende weitere Schritt der Verhandlungen enthalten ist, nämlich, während es sich bisher lediglich um eine Anfrage handelte, nunmehr von dem sächsischen Minister das Angebot an Herrn Oberbaurat Knop ergangen sei, die Annahme oder Ablehnung also lediglich in seinem Belieben gestanden hatte. Ich weise aus der Niederschrift auf diesen Absatz hin, daß die Kommission angenommen hat, daß Herr Senator Thalenhorst, das stimmt mit dem Datum überein, sich

bei Abgang der Mitteilung des Senats bereits im Besitz des weiteren Materials von Oberbaurat Knop befand, das doch auch wieder einzig die Unterlage einer daneben herlaufenden Mitteilung an die Fraktionen bildete, die ein neues und entscheidendes Stadium der Verhandlungen enthalten sollte. Ich komme demnächst an die Wiedergabe der in dieser Mitteilung enthaltenen Angaben. Ich weise darauf hin, daß in der Niederschrift der Kommission lediglich gesagt ist, Senator Thalenhorst habe den Fraktionen mitgeteilt, daß „die Verhandlungen“ sich zu einem Angebot verdichtet hätten. Diese Mitteilung selbst sagt aber, worauf meine Fraktion den Nachdruck legt und was für die Bürgerschaft entscheidend gewesen sein muß, daß ein Angebot des sächsischen Ministeriums vorlag. Es heißt darin: „Die Verhandlungen zwischen Herrn Knop und dem Ministerium des betreffenden Bundesstaates haben inzwischen dahin geführt, daß Herrn Knop die Stellung eines vortragenden Rats im Ministerium angeboten worden ist. Das Ministerium hat versprochen, das Angebot dieser Tage schriftlich zu bestätigen. Eben weil wir darin gegenüber den Informationen, die meinen Parteifreunden geworden sind, gerade den Widerspruch gesehen haben, und weil es maßgebend war, ob der Minister ein Angebot gemacht hat oder lediglich ein Beamter von der Stelle gesprochen hatte, legen wir Wert darauf, gegenüber der Wiedergabe, in der Niederschrift der Kommission darauf hinzuweisen, daß es das Wesentliche der Mitteilung des Herrn Senator Thalenhorst war, daß ein Angebot des Ministers ergangen sei. Ich weise ferner zu der Frage der Vertraulichkeit darauf hin, daß am Ende dieser Mitteilung wieder gesagt ist, das sächsische Ministerium legt auf vertrauliche Behandlung der Angelegenheit besonderes Gewicht und ich warte darauf, daß Senator Thalenhorst uns mitteilt, wo das Ministerium die Vertraulichkeit gewünscht hat. Ich erwarte das umsomehr, als der Senat von vornherein Vertraulichkeit der ganzen Angelegenheit aus diesem Grunde verlangt. Ich komme dann zu der Auslegung, die die Fixierung des Herrn Dr. Buff bietet. Ich nenne sie so, es ist ja eigentlich eine Fixierung der Kommission (Zuruf rechts: der gesamten Kommission). Ich habe schon darauf hingewiesen, daß das, was darin enthalten ist, das Mindeste sein sollte, hinter das wir uns alle stellen konnten, wenn ich also von der Fixierung des Herrn Buff spreche, so stehe ich auch hinter dieser. Also, wenn ich zu der Auslegung kommen darf. Herr Oberbaurat Knop hat in der Kommission erklärt, er wisse selbst noch nicht, ob er nach Dresden gehen werde. Ich möchte das Gewicht, das diese Feststellung hat, noch dadurch verstärken, daß ich die Erklärung, die Herr Oberbaurat Knop in der Kommission abgab, nach meinen Notizen hier wörtlich mitteile. Herr Knop hat gesagt:

Kein Mitglied der Kommission wird sein, das mir nicht bestätigte, daß Herr Oberbaurat Knop den Eindruck gemacht hat, daß sein Entschluß damals nicht nur dubios gewesen war, sondern als er Herr Senator Thalenhorst seine Mitteilung über die Ver-

handlung zu Dresden machte, er eher entschlossen war, abzulehnen als anzunehmen. Ich bitte die Mitglieder der Kommission, zu sagen, ob sie nicht dieser Ansicht waren. Erst als ihm aus unseren Äußerungen das Bedenkliche entgegentrat, daß darin liege, daß ein Beamter bei dem Senat und der Bürgerschaft bei solcher innerer Stellung einen Antrag wie den vorliegenden veranlasse, erst da hat Baurat Knop hervorgehoben, dieser Ruf hätte die und die Vorteile für ihn, während er vorher nur Worte des Nachteils gefunden hatte, so hatte er darauf hingewiesen, wie mißliebig er den Dresdener Beamten gewesen sein würde. Auf dieses wollte ich gegenüber der Formulierung des Berichtes hinweisen. Ich komme nunmehr zu den Schlüssen, die die Kommission in Nr. 4 niederlegt. Sie stellt fest, daß die Kommission beanstandet usw. Wie im übrigen schließe ich mich auch diesen Feststellungen eines übereilten Vorgehens an. Das kann aber nicht genug sein. Ich muß auch gegenüber der Mitteilung des Senats beanstanden, worauf es uns ankommt, daß in der Mitteilung des Senats schon von einer Anfrage der Regierung die Rede war, die in Wirklichkeit nicht vorlag und auch Thalenhorst und Knop mußten den ganz zweifelsfreien Unterschied zwischen Verhandlungen mit nachgeordneten Beamten und den Erklärungen der entscheidenden Stelle kennen, es war kein Zweifel, daß es sich nicht um eine Anfrage noch um ein Angebot der Regierung handelte und daß es sich auch nicht um einen Antrag der Regierung auf Vertraulichkeit handelte. Weiter, meine Damen und Herren! Herrn Senator Thalenhorst wird in der schriftlichen Fixierung zum Vorwurf gemacht, daß er sich damit begnügte, den Senat zu bestimmen, den Bericht vom 7. März in unveränderter Form der Bürgerschaft mit seiner Mitteilung vom 15. April d. J. zugehen zu lassen: Demgegenüber stelle ich fest, daß Herrn Thalenhorst nicht lediglich dieser Vorwurf trifft, sondern Herrn Senator Thalenhorst trifft auch der Vorwurf, daß er den Fraktionen jene besondere Mitteilung als etwas Neues enthaltend, zugehen ließ, daß die Verhandlungen in ein weiteres Stadium getreten sei, daß eine bindende Offerte und zwar der Regierung vorläge, während Senator Thalenhorst und Oberbaurat Knop nach dem Inhalt der Verhandlungen keinen Zweifel hegen konnten, daß es sich nicht um ein bindendes Angebot und auch nicht der Regierung gehandelt hat. Meine Damen und Herren, damit bin ich zu Ende mit weiteren Feststellungen, die ich gegenüber der Fixierung zu machen hatte und ich darf mich nunmehr zu der allgemeinen Erörterung dieses Falles wenden. Herr Präsident, wir beurteilen diese Angelegenheit, wenn ich dies vorausschicken darf, nicht als einen Vorwurf gegen die eine oder andere Persönlichkeit. Ich stelle fest, daß es uns grundsätzlich gleichgültig ist, wer davon berührt wird. Für uns ist dieser Vorgang nicht eine zufällige Erscheinung, für uns zeigt sich darin ein Mißstand, der nicht das erste Mal hier aufgetreten ist und gegen den wir uns aufs schärfste wenden müssen. Schon nach meiner eigenen Erfahrung ist es nicht das erste Mal. Wir müssen aufs schärfste gegen die Leichtfertigkeit protestieren, mit der die

Grenze zwischen Verhandlung und Angebot verschoben wird, obwohl diese Grenze das Entscheidende ist, obwohl nur dann ein Anlaß vorliegen kann, einem Beamten besondere Vorteile zu gewähren, wenn ihn der Staat sich nicht erhalten kann. Ich habe schon früher bemerkt, daß in Verhandlungen über eine neue Stellung einzutreten ja jedem freisteht, der es nur versteht, sich irgend eine Beziehung zu verschaffen. Daß es aber das allein entscheidende ist, ob es zu einem Angebot, zu einem Ruf der anderen Seite gekommen ist, worin sowohl eine Würdigung des Beamten liegt, als auch was erst Anlaß gibt, zu erwägen, welchen Wert der Staat auf die Erhaltung des Beamten legt. Es handelt sich um das System, nicht um den einen Fall. Aus diesem Gesichtspunkt heraus haben wir diese Verhandlungen hervorgerufen. (Prof. Diez: Beweisen Sie, daß es im System liegt.) Wenn Sie nach Beweisen fragen, so sage ich Ihnen offen, ich werde Ihnen die Fälle, an die ich persönlich denke, nicht nennen. Der eine ist mir bekannt aus meiner amtlichen Tätigkeit. Ich habe Grund anzunehmen, daß dieser nicht der einzige ist. Wenn Sie Anstoß daran nehmen, daß ich nur den einen Fall kenne, so ist dieser eine Fall schon genug. (Diez: Das ist kein System.) Es ist gerade die Persönlichkeit gewesen, die Sie nicht genug rühmen konnten, die sich aber als solche erwiesen hat, die nicht die scharfe Grenze zu beobachten wußte.

Herr Präsident! Also: wenn ich zu der summarischen Zusammenfassung dieser Angelegenheit komme, so ist für uns das entscheidende die Mitteilung, die Herr Senator Thalenhorst an die Fraktionen gemacht hat, und in der er erklärt, daß das sächsische Ministerium — das ist nachdrücklich in dieser Mitteilung gesagt — das Angebot gemacht hat und auf Vertraulichkeit der Angelegenheit besonders Gewicht gelegt. Wir haben bereits festgestellt — und konnten dies auch ganz ohne Rücksicht auf die weiteren Mitteilungen des Senats tun, — daß dies nicht richtig ist, indem wir in der Lage waren, gerade eine Erklärung des Leiters dieses Ministeriums, nämlich des Ministers selbst, vorzulegen, wonach nicht nur keine Erklärung, kein Angebot dieses Ministeriums vorgelegen hat, sondern sogar bei den Beamten, die verhandelt haben, es sich lediglich um unverbindliche Besprechungen gehandelt hat. Gegen diese Feststellung ist ja von Seiten der Mitglieder des Hauses, insbesondere von Seiten der Kommission, kein Widerspruch erhoben. Ich habe dann bereits ausgeführt, daß das gerade der entscheidende Umstand für unsere Beschlußfassung war, und daß nur bei diesem Umstande es überhaupt in Frage kommen konnte, einem Beamten solche Vorteile zu gewähren. Ich frage dann weiter, von wem die Vertraulichkeit, gegen deren Bruch von Herrn Bürgermeister Buss so entschieden Widerspruch erhoben worden ist, angeregt worden ist. Ich muß hierzu bemerken, daß nicht umsonst der Senat in seiner Mitteilung zur Begründung der Vertraulichkeit angegeben hat, daß dieser Antrag durch eine vertrauliche Anfrage der Regierung eines anderen Landes veranlaßt worden sei. Dem Senat war wohl

bekannt, daß wenigstens die frühere Nationalversammlung — wie in ihrer auch für die heutige Bürgerschaft noch geltenden Geschäftsordnung zum Ausdruck kommt — einen entschiedenen Unterschied machte, ob vertraulich verhandelt werden sollte über interne Angelegenheiten des Gemeinwesens, oder ob eine außerhalb des Gemeinwesens stehende Stelle Mitteilungen mache unter der Bedingung der vertraulichen Behandlung. Wir haben in den ganzen Verhandlungen der Kommission nichts gefunden, wonach von der Regierung des anderen Bundesstaates die Vertraulichkeit verlangt worden sei. Auch nach der eigenen Erklärung des Senators Thalenhorst ist dieser Punkt unter keinen Umständen zu halten. Das einzige ist, daß seine Beamten erklärt haben, sie müßten Gewicht darauf legen, daß diese Sache unter ihnen bleibe. Ich muß weiter feststellen, daß in den Verhandlungen der Kommission eine Verschiedenheit der Auffassung zwischen Herrn Senator Thalenhorst und Herrn Oberbaurat Knop zutage getreten ist, daß nämlich nach den Mitteilungen des Herrn Senator Thalenhorst diese Vertraulichkeit deshalb verlangt worden sei, um einen sächsischen Beamten, der als Anwärter für die fragliche Stelle oder als der gegenwärtige Inhaber dieser Stelle in Frage komme, durch diese Verhandlungen nicht zu kränken, während nach der Mitteilung des Herrn Oberbaurat Knop es sich um eine andere Stelle gehandelt habe, wobei dieser betreffende Beamte garnicht in Frage gekommen wäre. Ich lege also Wert darauf, daß, wenn diese letzte Mitteilung des Herrn Oberbaurat Knop richtig ist, selbst in den Verhandlungen, die mit diesen beiden Beamten geführt worden sind, der alleinige Grund für die Vertraulichkeit hinfällig geworden ist, weil dieser Beamte garnicht in Frage kam, sondern es sich um eine neue Stelle handelt. Ich habe bereits gesagt: uns ist es nicht um die Person zu tun und so auch nicht um die Frage, wie sich die Verantwortlichkeit zwischen Herrn Senator Thalenhorst und Herrn Oberbaurat Knop verteilt. Und auf diese Frage will ich auch meinerseits, weil es mir nicht liegt, mich über Personen auseinander zu setzen und ich auch keinen Beruf und Geschick dazu fühle, nicht eingehen. Ich fasse das, was uns vorliegt, als ein Ganzes auf; mag Herr Senator Thalenhorst sich darüber mit Herrn Oberbaurat Knop darüber auseinandersetzen. Eine Einmütigkeit muß zwischen den Herren ja bestanden haben, schon weil Herr Oberbaurat Knop, wie er sagte, Gewicht darauf legte, daß er sich in Übereinstimmung befinde nicht nur mit seinem ihm vorgesetzten Senator, sondern auch mit seinem Kollegen und Freunde Thalenhorst. Und wir haben angenommen und müssen aus diesem Grunde annehmen, daß Herr Senator Thalenhorst nichts aus diesen Verhandlungen unbekannt geblieben ist. Das geht auch aus der schriftlichen Mitteilung des Herrn Oberbaurat Knop an den Senat hervor, in der als einzige Differenz zwischen beiden die irrthümliche Erwähnung des Hochwesens durch Herrn Senator Thalenhorst, besteht. Nunmehr, meine Damen und Herren, ehe ich zum Schluß komme, möchte ich mit einem Wort darauf eingehen. Herr Bürgermeister Buff hat auf die Übung hingewiesen, die früher bei der

Bürgerschaft in der Vertraulichkeit bestand. In den früheren Bestimmungen ist die Vertraulichkeit für solche Verhandlungen nicht vorgeschrieben gewesen, in den früheren Bestimmungen hat sich ja auch eine Bestimmung darüber, welche Gegenstände vertraulich behandelt werden müssen, überhaupt nicht befunden. Aber die Übung ist es, meine Damen und Herren, im Senat wie in der Bürgerschaft gewesen, daß, wenn einem besondere Vorteile verschafft werden sollen, man vorzog, solches nicht in der Öffentlichkeit zu erörtern. Ein Mitglied der Rechten dieses Hauses ist es ja gewesen, das, wie ich früher erwähnt, diese Übungen charakteristischer Weise geschildert hat, ich will es nicht wiederholen. Das ist es, diese Übung ist es gewesen, die das Mißtrauen bei den anderen hervorgerufen hat. Und wenn Herr Bürgermeister Buff sagt, daß die höheren Beamten ebenso wie die andern Beamten behandelt worden sein, indem eine große Zahl höherer wie niederer Beamten solche Vergünstigung bekommen habe, dann bitte ich doch zu berücksichtigen, in welchem Stärkeverhältnis sich die höheren Beamten gegenüber den anderen Beamten befinden. Man kann also unmöglich aus einer solchen Statistik auf eine gleichartige Behandlung schließen. Wie gesagt, meine Damen und Herren: man hat eben, mit einem Wort gesagt, es nicht gern gesehen, daß solche Fälle öffentlich behandelt wurden. Wir sehen aber im Gegenteil es gerne, wenn sie öffentlich verhandelt werden, und legen sogar entscheidendes Gewicht darauf. Was die Frage der Vertraulichkeit angeht, so kann ich nur wiederholen — und das war der Grund, weshalb ich die Geschäftsordnungsdebatte hervorgerufen habe — es handelt sich für uns nicht um die seinerzeitige vertrauliche Mitteilung des Senats, sondern um die Unregelmäßigkeiten, die im Kreise der Regierung vorgekommen sind. Und diese mit aller Schärfe festzustellen, hat meine Fraktion als ihre Aufgabe angesehen. Auch in unserer Kommission ist von seiten eines Mitgliedes bemerkt worden, es sei empörend, wie man über den Gegenstand unterrichtet worden sei. Wenn man an die Verhandlungen, die eine Regierung zu führen hat, denselben Maßstab legen würde, den man im privaten Verkehr legt, so habe ich seinerzeit bereits darauf hingewiesen, zu welchen Konsequenzen das führen würde. Ich kann mich dabei heute auf eine Frage berufen, die ich an Herrn Richter Dr. Steengrafe zu richten Anlaß genommen habe. Ich habe dieses richterliche Mitglied der Kommission gefragt, wie denn ein Gericht verfahren würde, wenn festgestellt würde, daß im privaten Rechtsverkehr jemand sich einen Vorteil dadurch verschafft, daß er Verhandlungen in derselben Weise, d. h. abweichend von der Wirklichkeit, also unrichtig darstellte, wie es hier vorgekommen ist. Und darauf hat Herr Richter Dr. Steengrafe geantwortet: Wenn ein Privatangestellter zu seinem Chef geht und mit Berufung darauf, daß er Verhandlungen mit einem Dritten gepflogen hat, und daß ihm von diesem ein Angebot gemacht sei, auf Grund dieses angeblichen Angebots bei seinem Chef eine besondere Vergünstigung verlangt, dann wird ein solcher Angestellter, wenn die Unrichtigkeit dieser

Darstellung festgestellt wird, wegen Betrugs bestraft. (Hört hört!) Herr Dr. Steengrafe hat allerdings dabei vorbehalten, daß natürlich auch subjektiv die Schuldfrage festgestellt werden müsse. (Prof. Diez: Aha!) Nun will ich wirklich nicht beantragen, daß die Bürgerschaft hier einen Betrug feststellen möge. Aber umso entschiedener will ich feststellen, daß man an solche Verhandlungen keinen leichteren Maßstab anlegen soll wie an die Verhandlungen im privaten Rechtsverkehr, und daß man mit derselben Schärfe in dem Verhältnis zwischen einem Beamten und der gesetzgebenden Körperschaft urteilt wie bei einem armen Arbeiter, der vor Gericht gestellt wird. (Prof. Diez: Vollkommen einverstanden!) Und ich frage die Bürgerschaft, ob sie der Meinung ist, daß in diesem Falle mit der pflichtmäßigen Aufrichtigkeit vorgegangen ist. Ich bin der Meinung: sie kann das nicht bejahen, sie muß es vielmehr einwütig in Abrede stellen, selbst wenn sie sich in der Schärfe der Formulierung nicht mit mir decken will, daß hier pflichtmäßig aufrichtig gehandelt worden ist. Ich lasse ganz dahin gestellt, welche Stelle mehr oder minder aufrichtig gehandelt hat. Daß aber mit der Aufrichtigkeit, die man im privaten Rechtsverkehr verlangt, hier nicht verfahren worden ist, daß der Senat einen Beschluß der Bürgerschaft auf Gewährung einer besonderen Vergünstigung an einen Beamten herbeigeführt hat, indem er die tatsächlichen Umstände, die für die Entscheidung der Bürgerschaft gerade entscheidend waren, anders darstellte, als sie wirklich lagen, das bitte ich festzustellen. Und die Konsequenz, die wir unsererseits aus dieser Feststellung ziehen müssen, ist die, die man als mindeste auch im privaten Rechtsverkehr zieht, daß nämlich die Erklärung, die jemand unter solchen Umständen abgegeben hat, nichtig ist, daß sie anfechtbar ist, wie das BGB sagt. Und in dieser Auffassung und weil ich der Meinung bin, daß diese Verhandlungen mindestens mit derselben Schärfe oder sogar mit größerer Schärfe gemessen werden müssen als im privaten Rechtsverkehr, stelle ich hiermit folgenden Antrag:

Die Bürgerschaft hebt ihren Beschluß zur Vorlage des Senats vom 15. April betr. die persönliche Zulage für den Staatsbaurat Knop wieder auf, weil sie dazu in ihren wesentlichen Voraussetzungen durch eine falsche Darstellung bestimmt worden ist.

(Lebh. Beifall links.)

Schurig (D.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich werde mich wesentlich kürzer fassen, wie mein Herr Vorredner, und möchte meinen Ausführungen zunächst vorausschicken, daß ich mich in der Anschauung von ihm trenne, als wenn seitens des Herrn Baurats Knop eine Unaufrichtigkeit vorgelegen hätte. Das ist meines Erachtens nicht der Fall. Ich trenne mich auch von Herrn Dr. Künkler darin, daß er gerade Beamtenangelegenheiten dieser Art, wenn die persönliche Beurteilung des Beamten in Frage kommt, unter allen Umständen öffentlich verhandelt sehen möchte. Ich bin

vielmehr der Ansicht, daß derartige Angelegenheiten besser in vertraulicher Sitzung behandelt werden. Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Meiner Ansicht nach sind die Verhältnisse durch den Kommissionsbericht, in dem doch wahrhaftig nichts verschwiegen und nichts beschönigt wird, vollkommen klargestellt und es war nicht erforderlich, eine solche Schärfe noch hineinzubringen. Herr Dr. Künkler hat ja allerdings wiederholt erwähnt und darauf hingewiesen, daß er sich nicht gegen die Persönlichkeit, sondern gegen das System wende. Ich habe aber den Eindruck gewonnen — und ich glaube, daß ich nicht damit allein stehe — als wenn Herr Dr. Künkler doch außerordentlich persönlich bei der Beurteilung der Angelegenheit vorgegangen ist. Ich habe eben gesagt, daß ich dem Bericht als solchen nichts hinzuzusetzen habe und auf die Ausführungen von Herrn Dr. Künkler weiter, wie ich es getan habe, nicht eingehen will. Ich möchte mich aber doch mit einigen Worten mit der menschlichen Seite der Sache befassen, meine Damen und Herren! Und da liegen die Dinge doch außerordentlich traurig. Nach einer Kommissionsitzung wurde mir gesagt, daß die ganze Sache eine Tragikomödie sei. Ich muß sagen, daß ist keine Tragikomödie, sondern eine Tragödie für Herrn Staatsbaurat Knop, so wie die Sache gelaufen ist, wenn man auf dem Standpunkt steht, wie ich, daß Staatsbaurat Knop in gutem Glauben gehandelt hat. Meiner Ansicht nach, Herr Präsident, liegen die Dinge so, daß Staatsbaurat Knop, wie er von Dresden kam, fest überzeugt war, die fragliche Stelle übertragen zu bekommen. Das ist allerdings keine subjektive Meinung gewesen. Es mag sein, ich gebe Herrn Dr. Künkler recht, daß objektiv die Sache etwas anders lag. Ich wiederhole aber, daß meiner Ansicht nach er die Sache so sah, daß ihm die Stelle sicher war. Knop, mit dem ich in letzter Zeit gesprochen habe, leidet offenbar an Zerrüttung seiner Nerven, die wohl auf seine Ueberarbeitung zurückzuführen ist, und sein Schwanken, ob er doch vorziehen sollte zu bleiben, oder nach Dresden zu gehen, ist meines Erachtens auf diese Zerrüttung zurückzuführen. Ich bin der Ueberzeugung, und meiner Ansicht nach ist das zu berücksichtigen, daß Staatsbaurat Knop alle Ursache zu haben glaubte, damit rechnen zu können, bei der nächsten Gehaltsregulierung in die Klasse 13 zu kommen, womit ihm das, was die Bürgerschaft ihm seiner Zeit zugebilligt hat, ja ohne weiteres zugestanden war. Meine Damen und Herren! Wenn die Sache anders lag, hätte Staatsbaurat Knop meines Erachtens sich sofort für Dresden entschieden. Er hat sich ja auch trotz der hier in Aussicht stehenden Gehaltserhöhung bei der Erhöhung seiner Bezüge durch die Gehaltsordnung nicht veranlaßt gefühlt, die Entscheidung für Dresden in ablehnendem Sinne zu fassen, sondern hat sich die Entscheidung ausdrücklich vorbehalten. Und daraus geht doch hervor, daß Staatsbaurat Knop bei dieser Gelegenheit noch immer überzeugt war, daß er die Stelle in Dresden bekommen könnte, wenn er sie antreten wollte. Jedenfalls steht meiner Ansicht nach fest, daß er nichts getan hat, was darauf schließen könnte, er hätte

sich durch unwahre oder nur gefärbte Darstellungen einen persönlichen Vorteil verschaffen wollen. Er hat sicher unter dem Eindruck gestanden, daß er nur zuzustimmen brauchte, um die Stellung in Dresden zu bekommen. Meine Damen und Herren! Ich möchte auch mit einem Satz eingehen auf die Kommissionsberatung. Es ist uns da der Schriftwechsel vorgelegt worden. Eine Lücke hat allerdings bestanden. Es wurde der Brief verlesen, den der Staatsminister Lipinski auf die Anfrage aus Bremen gesandt hatte, und der Wortlaut der Antwort ließ mich begierig sein, die Anfrage selbst kennen zu lernen. Ich habe Herrn Dr. Künkler gefragt, ob er in der Lage sei, uns den Wortlaut der Anfrage vorlegen zu können. Herr Dr. Künkler mußte verneinen (Zuruf bei den U.-S.: „Sie wollen wohl den Spieß umdrehen?“) Davon kann doch keine Rede sein, wenn ich tatsächliche Feststellungen mache. Also, meine Damen und Herren, auf die Sache selbst kommend muß ich sagen, daß wir zu unserm damaligen Beschluß gekommen sind nicht nur durch die Vorlage des Senats, sondern auch aus den Erwägungen heraus, daß wir überzeugt waren, daß Staatsbaurat Knop eine außerordentlich schätzenswerte Kraft ist, die wir uns in Bremen erhalten sollten und die vor allen Dingen auch so bezahlt werden sollte, wie er es nach seinen Leistungen und seiner Tüchtigkeit verdient. Und damit sind wir meiner Ansicht nach nicht über das Ziel hinausgeschossen. Also, meine Damen und Herren, durch den Verlauf der Angelegenheit, der, wie ich wiederhole, auch für Staatsbaurat Knop ein außerordentlich peinlicher ist, hat sich unsere Ansicht über seinen Wert für Bremen in keiner Weise geändert. Die Verdienste des Herrn Knop, besonders um den bremischen Wohnungsbau, sind zu groß, als daß sie von irgend jemand mit Fug und Recht bestritten werden könnten. Ich glaube diese Behauptung hier aufstellen zu können, war ich doch 15 Monate Vorsitzender des Wohnungs- und Siedlungsamtes und habe da Gelegenheit gehabt, den außerordentlichen Fleiß, die Arbeitsfreudigkeit, Arbeitslust und das große Können des Herrn Knop festzustellen. Meine Freunde und ich sind auch heute noch der Ansicht, daß diesem Mann das Gehalt, das wir ihm bewilligt haben, auch zukommt mit Rücksicht auf den Umfang seiner Tätigkeit und seiner Leistungen, und ich hoffe, daß die neue Besoldungsordnung in ihrer endgültigen Feststellung dieser Tatsache Rechnung trägt. Aus diesen Erwägungen heraus werden wir dem Antrag Künkler unsere Zustimmung versagen.

Kaiser (U.-S.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wenn Sie vorhin gehört haben, daß das Urteil der Kommission so ziemlich einstimmig gewesen ist, so werden Sie durch die Ausführungen des letzten Redners nicht recht davon überzeugt sein, denn der letzte Redner hat als Mitglied der Kommission gerade gegen das Urteil der Kommission gesprochen. Ich muß doch sagen, daß in der Kommission festgestellt ist, daß die Bürgerschaft in einem Augenblick einem Beschluß zugestimmt hat, dessen Sachlage absolut nicht mehr mit den

vom Senator Thalenhorst vorgetragene Tatsachen in Einklang zu bringen war. Das steht fest. Weiter muß festgestellt werden, daß von einem Angebot eines anderen Bundesstaates nicht die Rede sein kann, sondern daß es sich um unverbindliche Verhandlungen zwischen Baurat Knop und zwei höheren Beamten in Sachsen gehandelt hat. Auch dieser Tatbestand steht fest. Wie verhält sich nun die Auswirkung dieser Verhandlungen in bezug auf ein festes Angebot. Meiner Ansicht nach mußte der Senator Thalenhorst aus seiner langjährigen Erfahrung heraus die Bedeutung dieses privaten Briefaustausches nicht so auffassen, wie er es getan hat. Wäre er ein Reuling, würde ich es verstehen. Aber er befaßt sich schon jahrelang mit diesen Beamtenfragen und er hätte seine ganze Vorlage nicht mit der sehr ansehbaren Begründung beschweren dürfen. Weiter steht für mich fest, daß ebenfalls die Begründung der Vertraulichkeit auf schwachen Füßen steht. Es wurde gesagt, daß der Grund der Vertraulichkeit darin zu suchen sei, weil eine auswärtige Regierung es wünsche. Dieser Grund ist es gewesen, der unsere Fraktion veranlaßt hat, für die Vertraulichkeit zu stimmen. Und nun stellt sich in der Kommission heraus, daß diese Vertraulichkeit lediglich gewünscht wurde von zwei höheren Beamten, und zwar nicht aus Staatsinteresse heraus, sondern weil sie persönlich für sich Unannehmlichkeiten befürchteten, wenn über die Verhandlungen irgend etwas in die Öffentlichkeit dringen könnte. Hätten die Beamten halboffiziell erklärt, über die Sache zu verhandeln, so würden sie doch keinen Grund gehabt haben, für sich Unannehmlichkeiten durch die öffentliche Verhandlung zu befürchten. Ich komme deswegen zur Schlussfolgerung und der Anschauung, daß in beiden Fällen eine Irreführung der Bürgerschaft vorgelegen hat. Eine Irreführung hat stattgefunden, ich kann nur nicht entscheiden, ob sie bewußt oder unbewußt geschehen ist. Ich nehme an und muß annehmen für Herrn Staatsbaurat Knop, daß er glaubte, er habe ein derartiges Angebot vor sich. Er hat aber schon im nächsten Augenblick gezweifelt, weil er veruchte, eine schriftliche Befestigung zu bekommen. Die hat er nicht erhalten. Erst dann hat er gezweifelt, wie er seinen Gesundheitszustand, die zu erwartenden Schwierigkeiten in Sachsen in Rechnung stellte, und wie mehr und mehr sicher wurde, daß er in Bremen in eine höhere Gehaltsstufe kommen würde. Es war ihm nicht unbekannt geblieben, daß Senator Thalenhorst mit Personen der Fraktionen Fühlung genommen und versucht hatte, die ganze Angelegenheit vorzubereiten. Ich will zugunsten des Herrn Senators Thalenhorst annehmen, daß er sich in schwieriger Lage gegenüber einem Berufscollegen und seinem ganzen Stand befunden hat. Wir wissen ja, daß die Techniker im allgemeinen mit den Juristen usw. nicht gleichen Schritt halten und daß auch sie versuchen, weiter zu kommen. Aber dann hätte er rein und klar bei der Bürgerschaft beantragen müssen, den Staatsbaurat Knop in eine höhere Stelle einrücken zu lassen. Er hätte niemals als Senator diese Begründung der Vorlage ausarbeiten dürfen. Das hat dazu

geführt, daß unsere Fraktion, die von vornherein ein starkes Bedenken dagegen hatte, letzten Endes für diese Vorlage gestimmt hat. Jetzt, wo festgestellt ist, daß die Gründe zu dem damaligen Beschluß ins Wanken kommen, müssen wir dafür eintreten, daß der Beschluß der Bürgerschaft aufzuheben ist. Aber weiter darüber hinaus bin ich von meiner Fraktion beauftragt, zu erklären, daß uns in diesem Falle Senator Thalenhorst verantwortlich ist. Er hat mit anerkanntem Mut erklärt, ich fühle mich als den allein schuldigen Teil. Ich muß für meine Fraktion erklären, ich kann ihn trotz allem nicht von den Folgen entbinden, die wir als Fraktion ziehen. Wir sind durch seine Beweisführung zu einem falschen Entschluß gekommen und können künftig und fernerhin für die Mitteilungen des Senators Thalenhorst kein Vertrauen mehr aufbringen. Wir sehen uns veranlaßt, auf Grund des § 53 zu beantragen, dem Senator Thalenhorst das Vertrauen zu entziehen.

Präsident: Der Antrag ist genügend unterstützt. Er muß den Mitgliedern der Bürgerschaft und des Senats acht Tage vorher zugestellt sein. Wir können also, wenn es gewünscht wird, daß es eilig geschieht, in einer Extratsitzung darüber beschließen. Sonst würde ich vorschlagen, daß wir heute über 14 Tage darüber verhandeln.

Senator Thalenhorst: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Dr. Künkler macht mir den Vorwurf, daß ich von einem Angebot des Ministeriums gesprochen habe, während es sich nur um Verhandlungen mit Beamten gehandelt habe. Es hat sich doch in der Tat um Verhandlungen mit maßgebenden Stellen gehandelt. Das ist von dem Ministerialrat Bollmer in einem Schreiben ausdrücklich hervorgehoben worden, das ich in der vorangegangenen Verhandlung in der Bürgerschaft verlesen habe. Ich kann im übrigen aus meiner eigenen Praxis belegen, daß nicht in jeder Frage der Minister oder das Ministerium selbst entscheiden. Verschiedentlich bin ich im Auftrage der bremischen Regierung beim Reichsarbeitsministerium vorstellig geworden, wegen Erweiterung von Kompetenzen für die sogenannte Wohnungsmangelverordnung. Die Zustimmung zu diesen Erweiterungen konnte ausdrücklich nur das Reichsarbeitsministerium geben, sie wurde aber gegeben durch einen Ministerialrat, nicht durch den Minister. Die entsprechende bremische Verordnung enthielt daraufhin den Passus: „Mit Zustimmung des Reichsarbeitsministeriums“. Der Minister hatte hierbei überhaupt nicht mitgewirkt.

Aus diesen Zusammenhängen heraus hielt ich mich durchaus für berechtigt, vom „Ministerium“ im Falle Knop zu sprechen. Wenn ebenfalls in der Mitteilung an die Bürgerschaft von einer vertraulichen Anfrage der „Regierung“ eines anderen Landes die Rede ist, so ist dieser Ausdruck aus den gleichen Zusammenhängen zu erklären.

Herr Dr. Künkler meint, es habe sich in Sachsen um die Schaffung einer neuen Stelle gehandelt. Wie mir Herr Knop mitgeteilt hat, hat es sich zuerst um die Besetzung der vorhandenen Stelle eines Oberregierungsbaurates gehandelt, infolge der von Herrn Knop geltend gemachten Ansprüche ist dann aber die Umwandlung der Stelle in die eines Ministerialrates ins Auge gefaßt worden.

Gegen die Unterstellung des Herrn Kaifen, ich hätte aus Standesrücksichten und als früherer Kollege von Herrn Knop ein Interesse an dem Verlauf der Angelegenheit Knop gehabt, muß ich ganz energisch Einspruch erheben. Ich habe aus rein sachlichen Interessen gehandelt, und daß auch andere Kreise meinen Standpunkt geteilt haben, erkennen Sie aus der Zustimmung der Baudeputation und der Finanzdeputation, die beide schon zu der Zeit, als Herr Knop nur gebeten war, seine Bedingungen mitzuteilen, in ihrer Mehrheit anerkannten, daß Herr Knop Bremen erhalten werden müsse.

Was die Vorwürfe zu Punkt 4 des Kommissionsberichtes anbetrifft, so scheue ich mich nicht zu erklären, daß es richtiger gewesen wäre, den von der Baudeputation am 7. März beschlossenen Bericht dem inzwischen eingetretenen Fortschritt der Verhandlungen entsprechend umzugestalten. Ich habe das in der Kommission offen erklärt und bin ehrlich genug, es auch hier vor aller Öffentlichkeit zuzugestehen.

Im übrigen haben die Verhandlungen in der Kommission bei mir die Ueberzeugung nicht verwischen können, daß Herr Knop seine Mitteilungen an mich in gutem Glauben gemacht hat, und seinerzeit aus Dresden mit der Ueberzeugung geschickt ist, daß es sich um ein Angebot handelte, zu dem er nur noch „Ja“ oder „Nein“ zu sagen hätte. Diese meine Ansicht hat sich noch dadurch verstärkt, daß nach einer Mitteilung des Ministerialrats Bollmer vom 21. April trotz des gegenteiligen Wunsches von Herrn Knop das Finanzministerium in Sachsen wegen der auf Herrn Knop zugeschnittenen Umwandlung der Stelle eines Oberregierungsbaurats in eine Ministerialratsstelle begrüßt worden ist. Diese Begrüßung hatte unter den obwaltenden Verhältnissen doch nur dann Sinn, wenn man die Absicht hatte, die Stelle entsprechend den gepflogenen Verhandlungen zu besetzen.

Meine Damen und Herren! Herr Dr. Künkler hat soeben den Antrag gestellt, daß der Beschluß der Bürgerschaft vom 22. April zurückgenommen werde. Dazu möchte ich noch ausdrücklich betonen, daß ich es vom Standpunkt Bremens außerordentlich bedauern würde, wenn eine Entscheidung getroffen würde, die Herrn Knop veranlassen würde, Bremen zu verlassen.

Prof. Dr. Diez (D. B.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Auf die Sache selbst will ich nicht näher eingehen, der Bericht der Kommission sagt klar und deutlich, wo der Fehler gemacht worden ist und es ist schon dort genügend zum Ausdruck gekommen, daß meine Fraktion das Vorgehen nicht decken kann. Eins ist nicht aufgeklärt, das ist der Inhalt des Briefes, den Herr

Lipinski an die Unabhängigen geschrieben hat. Ich nehme an, daß wir über diese Briefangelegenheit noch aufgeklärt werden. Nachdem sich der Senat an das sächsische Ministerium um Aufklärung gewandt hat, hoffen wir, daß wir den Inhalt des Antwort-Schreibens des sächsischen Ministeriums mitgeteilt bekommen. Was den Antrag von Herrn Dr. Künkler angeht, so hat unsere Fraktion zu diesem Antrag noch keine Stellung genommen, denn uns lag in der Fraktionsitzung das Schreiben des Herrn Baurat Knop vor, daß er bereit sei, auf die Gehaltserhöhung zu verzichten, wenn die Bürgerschaft der Meinung sei, daß ihr Beschluß auf falschen Voraussetzungen beruht. Meine Fraktion wird nun dem Antrag Künkler zustimmen. Was die Rede von Herrn Dr. Künkler angeht, so kann ich nicht umhin, mit einigen Worten darauf einzugehen. Herr Dr. Künkler hat es so dargestellt, und in der Arbeiterzeitung ist es ja auch geschehen, daß hier ein System vorliege und daß die Herren von der U. S. dazu da seien, um dieses System zu brandmarken. (Sehr richtig! bei den U. S.) Ich kann demgegenüber nur dem zustimmen, was Herr Dr. Buff hier vorgebracht hat, daß nämlich in den Jahren von 1910 bis 1920 nur in 10 Sitzungen der Bürgerschaft (Zuruf Starcker) Herr Starcker, lassen Sie mich doch reden, es ist ganz unmöglich bei solchen Unterbrechungen zu reden. — Also in den Jahren von 1910 bis 1920 sind nur in 10 vertraulichen Sitzungen der Bürgerschaft Angelegenheiten von höheren Beamten verhandelt worden (Starcker: Von höheren Beamten!) (Präsident: Herr Starcker, ich möchte Sie bitten, die Zwischenrufe zu unterlassen.) und zwar lagen davon nur 5 wie die des Herrn Baurat Knop. An allen diesen vertraulichen Sitzungen habe ich teilgenommen und weiß daher, soweit meine Erinnerung mich nicht im Stich läßt, um was es sich handelte. Es hat sich zum Teil um die Anstellung von Beamten gehandelt und da war es meines Erachtens nicht möglich, daß diese Dinge in öffentlicher Sitzung behandelt wurden. Ich bin überzeugt, daß wir auch in Zukunft derartige vertrauliche Sitzungen haben werden. Unsere Bremer Verhältnisse sind zu eng, als daß man alles bei offenem Fenster verhandeln könnte. In fünf Fällen lagen die Dinge ähnlich wie heute. Ich erinnere mich dieser Fälle. In einem Falle hat die Bürgerschaft die Zulage bewilligt und zwar mit Recht bewilligt. In zwei weiteren Fällen war die Bürgerschaft bereit, die Zulagen zu bewilligen, die betr. Beamten sind aber trotzdem dem Ruf nach auswärts gefolgt. Es war also kein Scheinangebot. Es handelte sich um den Direktor des Elektrizitätswerkes, Herrn Luchting und Herrn Baurat Franzius. (Miller: Aber Sie sind doch hier geblieben!) Der Fall, der mich betrifft, liegt nicht zwischen 1910 und 1920, sondern (Großer Lärm und Lachen links) ich erhielt 1901 oder 1902 einen Ruf nach Frankfurt a. M. als Oberlehrer, und der ist in öffentlicher Sitzung verhandelt worden, das können Sie nachlesen. Der letzte Fall, der so ähnlich wie der Fall Knop liegt, betrifft einen Verstorbenen. Damals hat die Bürgerschaft es abgelehnt, die Zulage zu geben und der Beamte ist trotz-

dem in Bremen geblieben. Das sind die Fälle die ähnlich liegen wie der heutige, und dann wagt Herr Dr. Künkler noch von einem System zu reden. (Künkler: das System der vertraulichen Behandlung) Wenn das einer ihrer Fraktionskollegen getan hätte, nähme ich ihm das nicht übel, wenn Sie das tun, dann nehme ich Ihnen das sehr übel. Aber meine Damen und Herren von links, Sie haben geglaubt, aus diesem Falle Kapital schlagen zu können, und das haben Sie ja auch versucht, indem Sie die Vertraulichkeit brachen. Sie haben damit, wie Herr Dr. Buff bereits feststellte, sich eines groben Bruches des Anstandes und eine Verletzung Ihrer Parlamentspflicht schuldig gemacht. Es ist erwogen worden, ob man nicht auf Grund der Geschäftsordnung gegen Sie vorgehen sollte. (Großer Lärm bei den U. S.) (Nein, diesen großen Gefallen tun wir Ihnen nicht, Sie hatten es ja nur darauf abgesehen, um einen großen Skandal in der Deffentlichkeit zu machen. Darauf fallen wir nicht herein. Blamieren Sie sich so gut Sie können (Zuruf links: Blamieren Sie sich). Wir mögen in politischer Ansicht sehr verschiedener Meinung sein, und das sind wir, aber wir müssen zu unseren politischen Gegnern, mit denen wir in der Bürgerschaft, in den Kommissionen usw. zusammenarbeiten, das Vertrauen haben, daß wir es mit anständigen Leuten zu tun haben, und wenn Sie in dieser Weise weiter handeln, dann können wir dieses Vertrauen nicht mehr haben (Lärmende Zurufe links) und müssen die Konsequenzen ziehen. Ob Sie das berührt oder nicht, läßt mich kalt, ich appelliere aber vor allem an Herrn Dr. Künkler, als den Führer ihrer Fraktion und möchte betonen, daß die Worte, die ich soeben gesagt habe, auch für Sie alle wohl des Nachdenkens wert sind. Also, meine Damen und Herren, damit schließe ich. Geschäftsmäßige Schritte gegen Sie wollen wir nicht unternehmen, Sie sollen sich nicht als die Retter des Vaterlandes oder als Märtyrer hinstellen können, was Ihrer Fraktion, glaube ich, das liebste sein würde. (Lebhafte Zustimmung rechts.)

Miller (R.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es ist doch ein starkes Stück von Herrn Professor Diez, zu sagen, wir sollten uns blamieren, so gut wie wir könnten. Die blamiertesten in der ganzen Geschichte sind doch Sie. Alle Beschönigungen helfen doch nicht darüber hinweg, daß festgestellt ist, daß die ganze Sache eine Korruption ohnegleichen ist. Und wenn Sie sich berufen darauf, daß von 1910 bis 1920 nur wenige derartige Fälle vorgekommen seien, so erinnere ich an den verflochtenen Streit zwischen Caspari und Petri, der ebenfalls viel Staub aufgedeckt hat. Ich glaube, diese Geschichte war noch forumpierter als die jetzige. Aber wenn man glaubt, meine Damen und Herren, daß man durch Entziehung des Vertrauens einem Senator gegenüber derartige Dinge aus der Welt schaffen kann, dann ist man im Irrtum. Keiner der Herren Senatoren hat jemals unser Vertrauen besessen. Und wenn Sie (zu den M.-S.) beantragen, einem einzelnen Senator das Ver-

trauen zu entziehen, so bestätigen Sie damit doch gleichzeitig, daß die übrigen Senatoren Ihr Vertrauen haben. Und das können wir natürlich nicht. Den Antrag Künkler werden wir unterstützen. Aber eins möchte ich Herrn Professor Diez doch noch sagen: Nachdem Sinowjew die Unabhängige Partei politisch gespalten hat, glaube ich kaum, daß sie es vertragen wird, wenn nun Herr Professor Diez beikommt und die Unabhängige Partei noch qualitativ spalten will dadurch, daß er gesagt hat: Herrn Dr. Künkler muß ich es übelnehmen, allen übrigen nicht usw. Ich bitte Herrn Professor Diez, nachdem die Unabhängige Partei politisch gespalten ist, diese qualitative Spaltung zu unterlassen. (Dr. Künkler: Sehr gnädig!)

Dr. Künkler (U. S.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich muß zunächst feststellen, daß die Ausführungen des Herrn Direktors Schurig den Eindruck vollständig verwischt haben, den nach den Verhandlungen der Kommission diese schriftliche Niederlegung den Verhandlungen zu geben bestimmt war. Nachdem wir uns in der Kommission unter vollständiger Zustimmung von Herrn Direktor Schurig, der niemals in dieser Besprechung einen Widerspruch erhoben hat, über diese Darlegung geeinigt haben (Schurig: Habe ich mit unterschrieben!), hat Herr Direktor Schurig nunmehr erklärt, daß eigentlich keinem der Beteiligten überhaupt ein Vorwurf zu machen sei. Denn, Herr Direktor Schurig, auf das Subjektive kommt es natürlich an, wenn jemand bloß einen Irrtum, dem er unterliegen konnte, zum Opfer gefallen ist und auf diese Weise ein lediglich objektiv unrichtiger Beschluß zustande gekommen ist, darüber brauchen wir uns nicht aufzuhalten. Und da frage ich die übrigen Mitglieder der Kommission, ob denn das die Meinung der Kommission gewesen ist, daß man in der Tat pflichtmäßig gehandelt hat, und dann ist doch das Subjektive inbegriffen. Da hätte Herr Direktor Schurig das doch in der Kommission zum Ausdruck bringen sollen. Dann hat sich Herr Direktor Schurig auf das persönliche Gebiet begeben, auf dem ich mich selbst unsicher fühle, indem er gesagt hat, es sei außerordentlich tragisch für Herrn Baurat Knop, und es mag auch für andere Beteiligte tragisch sein. Ich bekenne gern, daß ich sehr wenig Beruf dazu fühle, Persönlichkeiten, noch dazu in einer gesetzgebenden Versammlung, zu verurteilen, und ich glaube, daß man mir das nicht nachsagen wird, daß ich bisher darauf ausgegangen bin, so sehr ich mich in entschiedener Opposition befunden habe, Persönlichkeiten anzugreifen. (Professor Dr. Diez: Nein, Nein!) Aber es gibt Angelegenheiten, die man nur erörtern kann gegenüber Persönlichkeiten, und wie können wir diesen Fall, in dem sich doch in der Tat ein Mißstand äußert, anders erörtern, als daß wir Vorwürfe gegen gewisse Persönlichkeiten erheben. Es handelt sich aber für mich, und das kann ich nur immer wiederholen, um das System, daß man einzelnen Persönlichkeiten, denen man nachsagt, daß sie sich besonders verdient gemacht haben, eben außerhalb der Öffentlichkeit

besondere Vergünstigungen zuwenden will. Wenn man das tut, dann soll man sich nicht wundern, daß die außerhalb des Parlaments Stehenden mißtrauisch werden. Und wenn es sich dann in einem Falle ergibt, daß bei diesen vertraulichen Verhandlungen in der Tat Unregelmäßigkeiten zugrunde liegen — um es gelinde zu sagen —, daß dann diese Kreise sagen: wir halten uns an diese Vertraulichkeit nicht gebunden, ihr habt sie durch Motive herbeigeführt, die garnicht die wirklichen sind. (Professor Dr. Diez: Die Sache schwebte doch noch in der Kommission!) Das ist ein Punkt, auf den ich eben noch kommen will. Wie liegt es hierin eigentlich? Eine auswärtige Regierung soll die Vertraulichkeit verlangt haben; gerade darauf hat der Senat das entscheidende Gewicht gelegt. Wo ist dieses Verlangen gefallen? Es ergibt sich nun hinterher, daß, wenn diese Angelegenheit von vornherein öffentlich verhandelt worden wäre, für außerhalb stehende Stellen Gelegenheit gewesen war, die Unrichtigkeit, die nun nur zufällig durch die Verbindungen meiner Parteigenossen aufgedeckt wurde, nachzuweisen. Das ist der Mißstand des Systems. Wollen Sie schon persönliche Vorteile für Beamten, dann scheuen Sie wenigstens nicht die Öffentlichkeit, sonst ziehen Sie sich solche Vorwürfe zu. Nun hat Herr Senator Thalenhorst hingewiesen auf das subjektive Bewußtsein, das bei ihm und Herrn Baurat Knop obgewaltet habe, daß dieses Angebot von der Regierung gemacht worden sei, und er hat darauf hingewiesen, als Stütze für diese Behauptung, daß dem Ministerialdirektor Schmidt das Landeswohnungs-wesen untergestellt sei, und er hat auf einen anderen Fall hingewiesen, wo eine Entscheidung, die in der Verordnung der Regierung vorbehalten sei, von einem Dezernenten und nicht von dem Minister erlassen worden sei. Das wissen wir freilich alle, daß nicht alle Verfügungen eines Ministeriums von dem Minister selbst gezeichnet werden. Aber ich frage sie alle und besonders Herrn Senator Thalenhorst, ob ihm denn der Unterschied nicht bekannt ist, wenn es sich darum handelt, eine neue Stelle zu übertragen, daß es dann unmöglich in der Hand eines Ministerialdirektors liegen kann, diese überhaupt noch nicht bewilligte Stelle anzubieten. Demgegenüber möchte ich hier wieder eine Notiz verlesen, die ich mir über die Verhandlungen in der Kommission gemacht habe, aus denen Herr Baurat Knop die Folgerung gezogen hat, daß ein Angebot des Ministeriums vorliege. Herr Baurat Knop sagte damals, er hätte den Ministerialreferenten Vollmer — das war garnicht der Ministerialdirektor — gebeten, ihm zu sagen, ob das Ministerium mit seiner Anstellung einverstanden sei. Darauf habe dieser geantwortet, wie er den Ministerialdirektor kenne, könne er sich darauf verlassen. Das waren die Worte Knops. Vollmer sagte ferner, „es sei kein Zweifel, daß Schmidt, der Ministerialdirektor, sich für mich entscheide.“ Ich frage Sie, meine Damen und Herren: kann man sagen, daß es vollkommen einwandfrei ist, wenn ein Beamter wie Knop, der weiß, daß zur Uebertragung einer Stelle zunächst überhaupt die Bewilligung

dieser Stelle gehört und diese zum mindesten an die Zustimmung des Finanzministers gebunden ist, sich darauf stützt, daß der Ministerialdirektor sich für ihn habe entscheiden sollen? Herr Präsident! Herr Professor Diez hat schließlich gesagt, unsere ganze Aktion sei vollkommen verpufft. Ich frage: worin soll die Unterlage für diese Meinung liegen? Worin hat unsere Aktion anders bestanden als darin, daß wir einen Mißstand, über den sich die Bevölkerung empören mußte, aufgedeckt haben und zwar mit vollem Erfolge?!

Starke (U. S.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich wollte nur eine Feststellung machen, und das ist folgende: Herr Dr. Buff hat in seinen Ausführungen erklärt, es seien ihm von 1910 bis 1920 nur 20 Fälle bekannt, davon 10, die die oberen Beamten betrafen, und davon 5, die dem Fall Knop ähnlich sähen, (Dr. Buff widerspricht) oder wenigstens in etwas ähnlich. Und Herr Professor Diez führte uns nur 10 Fälle an. (Professor Dr. Diez: Welche?) Sie wollten damit doch sagen, daß Ihnen im ganzen nur 10 Fälle bekannt seien. Und darauf machte ich Ihnen die Zusage, und die hatten Sie verdient. Denn entweder stimmen Ihre Angaben, oder sie stimmen nicht. Denn wenn man herkommt und glaubt, der linken Seite sagen zu müssen: jeder blamiert sich so gut wie er kann, so haben wir aus den Ausführungen von unserem Genossen Dr. Künzler gehört, wer in Wirklichkeit der Blamierte ist. Die Blamierten sitzen auf der rechten Seite, und die Hauptblamierten sind die, die diese Blamage noch stützen wollen. Man kann dafür keine Entschuldigung vorbringen. Also hätten Sie vorsichtiger gearbeitet, dann wären Sie nicht reingefallen und hätten sich nicht blamiert, so gut wie Sie konnten.

Schurig (D.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Dr. Künzler hat Anlaß genommen, sich über meine Ausführungen zu erregen oder sie wenigstens als nicht am Platze stehend zu bezeichnen. Herr Dr. Künzler hat ausdrücklich gesagt, daß es auf das subjektive Empfinden ankomme. Und gerade das subjektive Empfinden hat mich zu meinen Ausführungen veranlaßt. Ich habe im Gegensatz zu Herrn Dr. Künzler, der den Bericht der Kommission in fast einstündigen Ausführungen ergänzt hat, die Sache auf das mehr menschliche Gebiet zu schieben versucht und ausgeführt, daß ich von einem Mißtrauen gegen die Personen nicht befangen sei, habe aber zugegeben, daß Fehler gemacht worden sind. Davon habe ich anfangs meiner Ausführungen gesprochen, und und ich habe dazu nichts hinzuzusetzen. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Kommissionsbericht schildert die Sache, wie sie ist. Und wenn Herr Dr. Künzler seine Ausführungen nicht gemacht und damit den Kommissionsbericht verschärft hätte — denn das ist doch die allgemeine Ansicht, — dann hätte ich keine Veranlassung genommen, mich zum Wort zu melden, denn ich hatte mich erst nach Herrn Dr. Künzler gemeldet. Ich

glaube, daß jeder, der meinen Ausführungen vorurteilsfrei gefolgt ist, nicht annehmen konnte, daß ich den Bericht der Kommission irgendwie habe einschränken wollen. Ich habe mich lediglich bemüht, menschlich zu erklären, wie die Verhältnisse sich gestaltet haben, und ich kann nur wiederholen, daß ich auch jetzt noch, nach den wiederholten Ausführungen des Herrn Dr. Künzler, überzeugt bin, daß Herr Oberbaurat Knop subjektiv unter dem Eindruck stand, daß er die Stelle bekam, so unrichtig das objektiv sein mag. Das kann mich nicht veranlassen, auf den Mann noch Steine zu werfen.

Der Antrag Künzler wird angenommen.

Präsident: Liegen Bedenken vor, daß wir den Antrag Raifen heute in 14 Tagen verhandeln? Das ist nicht der Fall.

Ich möchte noch folgendes mitteilen: Herr Dr. Buff teilt mit, daß in die Deputation für das Arbeitsamt anstelle des Herrn Hegewald Herr Riesenbeck eintritt.

Ich möchte vorschlagen, daß wir nunmehr die Kommission (Punkt IX der Tagesordnung) wählen. Die übrigen Punkte können doch wohl nicht mehr verhandelt werden.

Kellner (D. B.): Ich möchte dringend bitten, heute noch Punkt V, 2 (Wasserpreis) zu verhandeln. Da es sich um einen sozialdemokratischen Antrag handelt, wird eine längere Debatte nicht mehr erforderlich sein.

Dr. Künzler (U. S.): Ich will keinen Einspruch erheben, aber nicht etwa die Meinung erwecken, als wenn diese Vorlage ohne Debatte angenommen würde.

Kellner (D. B.): Das Gesetz läuft aber Ende d. Mits. ab.

Präsident: Auf eine Woche wird es aber wohl nicht ankommen.

#### IX. Wahl einer Kommission wegen Verordnung über weibliche Bedienung in Wirtschaften (9 Mitglieder).

Vorgeschlagen und gewählt werden: Frau Dr. Robeswald, Frau Schriefer, Weinert, Frau Harder, Blanke, Frau Bahmson, Allerheiligen, Stiegler, Theil.

Präsident: Ich bitte Frau Stiegler, die Kommission einzuberufen.

Schluß 8.50 Uhr.